

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
Im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einschließlich 50 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postwertzeichen. Zustellungs-
abonnement 6,- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucklohn-
parto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montage
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,
„Technik“, „Kind in der Bucherei“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration
des „Vorwärts“ auf die Arbeiter-
partei, die „Kleine Anzeigen“ hat
jedoch die Zahl der Abonnenten
auf 120.000 gesteigert. Jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stelleanzeigen das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Einzelnummern im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich
von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredaktion: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 63/66.

Der Warschauer Terror.

Auflösung des Juristenverbandes.

Warschau, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Die Behörden haben heute den Polnischen Juristenverband, der alle Juristen Polens umfaßt, geschlossen und dessen Lokal verriegelt. Als Ursache für diese Maßnahme wird amtlich angegeben, daß der Verband durch seinen jüngsten Beschluß zur Brester Affäre seine Befugnisse überschritten und durch die Beurteilung der amtlichen Tätigkeit des gegenwärtigen Justizministers rechtswidrig gehandelt habe!

In dem Verbandsbeschlusse, der in der Presse beschlagnahmt war, heißt es u. a.: „Die bekanntgewordenen Tatsachen aus Brest-Litowsk stellen

eine in der Geschichte Polens nie dagewesene Vergewaltigung des Rechts und der Moral

dar. Die polnischen Juristen verurteilen die Gewalttaten und die Rechtswidrigkeiten von Brest-Litowsk und drücken ihre Entrüstung

über die Untätigkeit der Staatsbehörden aus. Da zu den Mitgliedern des polnischen Juristenverbandes auch der ehemalige Justizminister Car und der frühere für Brest-Litowsk zuständige Staatsanwalt und gegenwärtige Justizminister, Michalowski gehören, die für das Schicksal der Brestler Gefangenen verantwortlich sind, wird beschlossen, dem Vorstand des Verbandes die Beurteilung der Tätigkeit der genannten Verbandsmitglieder zu empfehlen. — Diese neueste Unterdrückungsmaßnahme hat

unter den polnischen Juristen große Erbitterung

herausgerufen. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß der Juristenverband selbst doch wohl am besten wissen mußte, wann sein Verhalten rechtswidrig ist und wann nicht. Die Rechtswidrigkeit dieser Maßnahme der polnischen Regierung ist um so offensichtlicher, als der Verband ja, wie es jeder Vereinigung übrigens zusteht, die Tätigkeit Cars und Michalowskis nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Zugehörigkeit zum Juristenverband und nicht, wie es in der offiziellen Begründung heißt, ihrer „amtlichen Tätigkeit“ beurteilen wollte und noch nicht einmal beurteilt hat.

Veruneinigtes Europa!

Deutschlands Rolle in Genf.

V. Sch. Genf, 19. Januar.

Reichsaußenminister Dr. Curtius ist gewiß kein neidenswerter Mann. Wie seinem Vorgänger Stresemann steht auch ihm der unerföhrliche Haß seiner nationalistischen Gegner und der schlechende Argwohn seiner eigenen Parteifreunde gegenüber. Stresemann nahm den Kampf mutig und vor aller Welt auf, und das verschaffte ihm im Auslande jene Popularität und jenes Prestige, dem er einen wesentlichen Teil seiner Erfolge verdankte.

Dr. Curtius hat es noch schwerer, nicht nur weil er als Nachfolger Stresemanns auch von seinen Verhandlungspartnern unwillkürlich immer wieder mit seinem sehr vermöglichen Vorgänger verglichen wird, sondern auch weil sich die außenpolitische Lage Deutschlands seit den Reichstagswahlen ungeheuer verschlechtert hat. Das weiß draußen jedermann und auch in der Wilhelmstraße kann man sich auf Grund der warnenden Berichte aller diplomatischen Vertreter darüber nicht im klaren sein. Aber in Deutschland selbst gibt es etliche Millionen Kindschöpfe, nicht nur unter Hitlers Wählern, sondern sogar in der Partei des Außenministers, denen man eingeredet hat, daß Deutschlands Stellung in der Welt durch das überraschende Anwachsen der „nationalen“ Opposition sich enorm verbessert habe, daß sich die Siegerländer vor Deutschlands „Erwachen“ fürchten und daß es also Dr. Curtius nun erst recht ein leichtes sein müßte, in Genf „Erfolge“ zu erzielen.

Aber das Ausland ist um so weniger geneigt, dem Reichsaußenminister solche „Erfolge“ zu gewähren, als es sich keinesfalls vor Deutschland fürchtet, wohl aber den Eindruck gewonnen hat, daß Dr. Curtius sich vor den nationalistischen Schreibern fürchtet. Seine Rolle beim Verbot des Remarque-Films ist keineswegs in Vergessenheit geraten, zumal hier bekannt wird, daß der Film gerade jetzt in Genf gezeigt werden sollte, aber von deutscher Seite die Verschlebung dieser Filmführung bis nach der Ratsversammlung erbeten und erreicht wurde. Diese Aufführung wäre zwar nicht für das Ansehen Deutschlands, wohl aber für das Ansehen der Reichsregierung recht peinlich gewesen.

Dadurch, daß Dr. Curtius es bisher veräumt hat, den Kampf gegen den nationalistischen Wahnsinn offen und vor aller Welt aufzunehmen, hat er nicht allein seine Aussichten verringert, Erfolge heimzubringen, sondern er sich obendrein immer wieder zwischen zwei Stühle gebracht. Ein paar Beispiele mögen das illustrieren:

Noch in Berlin war ein großer amerikanischer Rundfunkkonzern an ihn mit der Bitte herangetreten, von Genf am ersten Sonntag eine Ansprache an Amerika zu halten. 18 Sender mit 30 Millionen Hörern sollten seine Rede über die ganzen Vereinigten Staaten übertragen, ähnlich wie kürzlich Mussolinis Neujahrsrede. Nach anfänglicher Zustimmung bekam Dr. Curtius in Genf anscheinend Bedenken und sagte wieder ab. Offenbar wollte er der nationalistischen Meute keine Gelegenheit zu einer neuen Hehe gegen den „schlappen“ Außenminister bieten. Die amerikanische Gesellschaft wandte sich darauf prompt an den polnischen Außenminister Jazewski, der es sich nicht zweimal sagen ließ und die Gelegenheit benutzte, am Sonntag nachmittags an dreißig Millionen Hörer eine Programmrede für Polen und gegen die Revision der Friedensverträge zu halten.

Ein anderer Fall, der schon in den eigentlichen Rahmen der Ratsversammlung fällt: Auf der Tagesordnung steht ein Bericht der Untersuchungskommission des Völkerbundes in Liberia, die das Fortbestehen der Sklaverei in der Negerepublik in grauenhaften Formen festgestellt hat. Diese Angelegenheit interessiert in hohem Maße die öffentliche Meinung der angelsächsischen Welt, teils aus philanthropischen, teils aus kapitalistischen Gründen (weil sich eine große amerikanische Gummi-Plantagengesellschaft, die Firestone Rubber Co. durch das Massensterben der Negerklaven in ihren Interessen bedroht fühlte). Als Ratsvorsitzender trug Henderson Dr. Curtius die Berichterstattung an. Damit hätte sich dieser in Amerika und England ein großes Renommee verschaffen können. Aber mächtige deutsche Kolonialinteressen, die vor allem in der Deutschen Volkspartei einflußreich sind, befürchteten eine Verschlechterung der deutschen Handelsposition in Liberia, wenn der Enthüllungsbericht von dem deutschen Ratsmitglied verlesen wird. So glaubte Dr. Curtius diesen Bericht ablehnen zu müssen. Statt seiner wird nun Ja-

Der Vorstoß des Faschismus.

Mit Deutschland vor Genf verabredet — meldet Rom.

Rom, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Der Genfer Bericht des Chefredakteurs des „Giornale d'Italia“ gibt an, daß in der am Montag stattgefundenen einstündigen Besprechung zwischen Curtius und dem italienischen Außenminister vor allem über das Problem der Abrüstung verhandelt wurde. Die „Tribuna“ bestätigt am Montag abend diese Meldung. Danach verteidigte Grandi weiterhin mit aller Energie grundsätzlich den Standpunkt, daß ohne vorherige Abrüstung des Zustandekommens der Vereinigten Staaten von Europa unmöglich sei. Die ganze Haltung richtete sich gegen Frankreichs Prinzip der Sicherheit und seine in der Konferenz nicht zu schlagenden Rüstungen.

Wie man hier aber wirklich über Briands Europa-Plan denkt, das zeigt die gleiche Nummer der „Tribuna“ in einer Glosse. Dort heißt es nach dem Beispiel des Biases über die Herstellung einer Kanone: „Wie macht man Panzer Europa? Man nehme ein Loch und drehe Kugeln darum. Die Hauptache ist das Loch.“

Im übrigen wird aus Grandis Umgebung gemeldet, daß die Einladung Rußlands und der Türkei zu den Verhandlungen jetzt schon als sicher gelten darf. Das sei ein Sieg des italienischen Vorstoßes, der gemeinsam mit Deutschland erfolgt sei. Er wurde vorbereitet in den Verhandlungen, die Botschafter von Schubert im Berliner Auftrag mit Grandi vor dessen Abreise nach Genf führte.

Die „Tribuna“ wehrt sich gegen die französischen Vorwürfe, daß Italien die Politik der Besiegten führe. Es mache weder die Politik der Besiegten noch der Sieger, sondern die Politik einer Großmacht, die, wie es an anderer Stelle heißt, Frankreichs Spiel um die Vorherrschaft in Europa nicht mitmache, auch wenn sie dieses Spiel unter der Maske eines Pan-europa verberge.

Im Schlepptau Roms.

Rom, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Die faschistische Presse weist übereinstimmend darauf hin, daß Deutschland und Italien zur Zeit in Genf außerordentlich stark zusammenwirken. Wenn auch Curtius auf der Tagung der Europa-Konferenz zuerst gesprochen habe, so sei er doch dem italienischen Antiege geblieben. Auch der Antrag auf Einladung Rußlands und der Türkei sei hauptsächlich auf die Initiative der italienischen Regierung zurückzuführen. Es ist darüber hinaus bemerkenswert, daß die italienische Presse sich außerordentlich scharf gegen die Intentionen der französischen Politik wendet. Andererseits lehnen Blätter wie der „Messaggero“ und „Popolo di Roma“ die französischen Behauptungen, als ob Italien mit Deutschland ein gemeinsames und vorher verabredetes Spiel treibe, entschieden ab.

Einladung nur zur Wirtschaft.

Das Europapromiß über die Sowjetunion.

Genf, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Der deutsch-italienische Vorstoß in der Europa-Kommission dürfte nur teilweise gelingen. Die Kommission hat eine Entscheidung des Sechserausschusses vorliegen, nach der sich die Arbeiten dieser Tagung nur auf die Wirtschaftsfragen er-

strecken und zu diesen Wirtschaftsberatungen Rußland und die Türkei zur Mitarbeit eingeladen werden sollen. Damit dürfte allerdings die Teilnahme dieser Staaten zunächst einmal beschlossen werden und ihre Entfernung von der Behandlung der politischen Fragen Europas dürfte später kaum durchführbar sein. Andererseits sind gleichzeitig alle Probleme außer den wirtschaftlichen auch von dieser Tagung auf Mai verschoben worden. Inzwischen wird der noch einzulebende Unterausschuß sämtliche Fragen zu möglichen Lösungen vorbereiten müssen. Die Mitarbeit Rußlands und der Türkei wird selbst unter Voraussetzung der Annahme dieser Einladung für die augenblickliche Tagung wegen der Kürze der Zeit praktisch nicht mehr möglich sein.

Den größten Teil des Nachmittags hatte die geheime Sitzung des Sechserausschusses eingenommen, so daß erst noch 6 Uhr die öffentliche Vollsitzung der Kommission eröffnet werden konnte. In Fortsetzung der Wirtschaftsausprache betonte Wohlminkel-Norwegen, die Zukunft der europäischen Völker hänge von der Zusammenarbeit zur Befestigung der Vorkonten ab. Das Handelsabkommen zwischen den skandinavischen Staaten sei direkt im Sinne der Europapolitik und könne für andere Staaten-Gruppen ebenfalls für deren besondere Bedingungen als Beispiel dienen. Hymons-Belgien unterstrich diese Ideen und veranlagte regionale Verständigungen für Industriestaaten, was im wesentlichen auch von Brocops-Finnland angeführt wurde. Inzwischen wurde der Vorschlag der Entschließung verteilt, die folgendermaßen lautet:

„Angesichts der Entschließung der Vollversammlung des Völkerbundes vom 17. September 1930 beschließt der europäische Ausschuss, die Weltwirtschaftskrise zu studieren, soweit sie die Gesamtheit der europäischen Staaten interessiert, und durch den Generalsekretär die Regierungen von Island, der Türkei und Rußland einzuladen, an diesem Studium teilzunehmen.“

Da inzwischen dieser Vorschlag im ganzen Saal bekannt geworden war, schlug Henderson unter stürmischer Heiterkeit vor, diese Entschließung öffentlich zu diskutieren, weil sie doch in der gesamten Presse am Dienstag zu lesen sei. — Briand lehnte das als Vorsitzender jedoch ab mit dem Hinweis darauf, daß nach den Gepflogenheiten des Völkerbundes solche politischen Diskussionen in geheimen Sitzungen stattfinden müßten. Nach einer kurzen Antwort Hendersons beschloß der Ausschuss, die Einladungsentschließung am Dienstag nachmittags öffentlich zu diskutieren.

„Friede“ in Liberia.

Genf, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Nach einer Note Liberias an den Völkerbund, lehnten es auf den Rücktritt der Regierung King hin einige Oberer ab, weiter Steuern zu bezahlen. Eine Regierungskommission wurde mit Gewalt vertrieben. Daraufhin wurden die Dörfer durch Truppen „befriedet“. Angeblich ohne jede Gewalttat und ohne persönlichen oder materiellen Schaden für die Bewohner.

Dieser Zustand wurde hervorgerufen durch das Bekanntwerden der großen Wirkung des Völkerbundsberichts über die Sklaverei. Der Umfang der Revolte dürfte wesentlich größer sein, als die liberische Note zugibt. Man kann sich bei den dortigen Verhältnissen vorstellen, wie die „Befriedung“ und die Rückkehr zum Steuerzahler in Wirklichkeit durchgeführt werden.

Leski den Ruhm eines Verfechters der Menschenrechte für sich einheimen.

Zum dritten: Der Rat wird jetzt Ort, Datum und Vorsitzenden der Weltabrüstungskonferenz zu bestimmen haben. Bereits auf der Dezembertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission hatten die Delegierten im inoffiziellen Meinungsaustausch über die Person des Vorsitzenden gesprochen. Und der tschechoslowakische Außenminister Beneš wurde damals allein als der fähigste Mann für diesen wichtigen Posten anerkannt. Freilich ist er der Vertreter einer bestimmten Gruppe, die nicht gerade zu den abrüstungslüftern Staaten gehört, und sein Name ist auch mit gewissen für Deutschland peinlichen Erinnerungen an eine allerdings schon ferne Vergangenheit verknüpft; aber erstens gibt es keinen fachlich Qualifizierteren, zweitens könnte gerade er als Vertreter der kleinen Entente-Konzeptionen den großen Weltmächten abringen, und schließlich ist er doch Mitglied einer Koalitionsregierung, der deutsche Parteien seines Staates angehören: Wenn Beneš für die Deutsch-Böhmen tragbar ist, sollte er auch für Deutschland tragbar sein.

Ursprünglich schien man in der Wilhelmstraße gegen seine Ernennung nichts einzuwenden zu haben. Da setzte aber der „nationale“ Pressesturm in Deutschland prompt ein. Gleichzeitig machte Grandi in London Bedenken geltend. Litwinow machte Berlin gegen Beneš scharf, und nun war Deutschland auf dem besten Wege, sich als Sturmbock gegen Beneš mißbrauchen zu lassen. Sicherlich vergebens; denn die großen Mächte des Rates würden zweifellos an Beneš festhalten. Dann würde sich Curtius nur eine überflüssige Niederlage holen und obendrein ganz unnötig den künftigen Konferenzpräsidenten und eine ganze Reihe von Staaten vor den Kopf stoßen. Wahrscheinlich wird man sich auf ein Kompromiß in der Form einigen, daß als Vizepräsident der dänische Außenminister Munch, ein Vertreter der sogenannten neutralen Staatengruppe und radikaler Abrüstungsvorkämpfer, dem Vorsitzenden Beneš beigegeben wird. Vielleicht wird man, um Deutschland entgegenzukommen, auch den Termin der Konferenz etwas vorverlegen. Aber schon jetzt rüftet die „nationale“ Presse, um aus dieser Lösung eine schwere Niederlage von Curtius zu konstruieren und ihm einen Strick zu drehen.

Der Strick wird ihm doch gedreht. Wie er für Stresemann gedreht wurde. Aber, wie gesagt, der wehrte sich!

Schließlich muß nochmals auf die eigenartige Rolle hingewiesen werden, in die sich Deutschland im Europa-Komitee hat hineinanderzuziehen lassen. Daß sich die deutsche Delegation in die vorderste Reihe der schutzvölknerischen Staaten drängt, ist leider kein Wunder angesichts der Tatsache, daß das osteuropäische Großagrariertum heute in der Reichsregierung tonangebend ist. Der fast verzweifelte Notschrei des holländischen Berichterstatters Colijn, der vor den unabsehbaren Folgen eines wirtschaftlichen Nationalismus warnte, ist auf eine ganze Reihe von Staaten ohne Eindruck geblieben. Die südoeuropäischen Agrarstaaten unter Führung von Marinkowitsch-Süßlamien brachten ihre landwirtschaftlich protektionistischen Thesen vor und der Industriestaat Deutschland, der auf Export wie kein anderer angewiesen ist, stellte sich auf ihre Seite!

Einstweilen muß man sich aber mehr mit dem eigenartigen Ausgang befassen, den der deutsch-italienische Vorstoß zugunsten der Zurückziehung Rußlands und der Türkei zum Europa-Komitee genommen hat. Als das Ergebnis eines zweieinhalbständigen Ringens in einem Unterausschuß ist der Beschluß entstanden: Rußland, die Türkei und obendrein Island werden eingeladen, aber nur zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Unterjudungen des Europa-Komitees.

Ein zweideutiger Beschluß, der zur Ursache neuer Konflikte werden dürfte!

Daraus kann sich zweierlei ergeben: Entweder nimmt Rußland diese verlaufene, beschränkte Einladung an, was zwar eine große Blamage für die Einladenden, aber praktisch vielleicht das Beste wäre, oder es kommt nach Genf, und dann kann es unmöglich von gewissen Sitzungen wieder ausgeschlossen werden mit der Begründung, daß jetzt auch politische Probleme zur Beratung gelangen sollen, für die die Einladung nicht gelte. Dann wird man darauf verzichten müssen, jene politischen Probleme im Abrüstungskomitee zu behandeln, die Deutschland und Italien neuerdings für wichtiger erklären als die wirtschaftlichen. Das wäre wohl an sich kein Schaden; denn all diese Probleme — Abrüstung, Gleichberechtigung usw. — können ja doch nur im Rahmen des gesamten Völkerverbundes gelöst werden, während im europäischen Völkerverbund praktische Arbeit einstweilen nur auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet werden könnte.

Jedenfalls hat Deutschland mit seinem ganzen Vorstoß zugunsten Rußlands zwar die Einladung an Moskau erreicht, im übrigen aber das Gegenteil von dem bewirkt, was es ursprünglich wollte. Das hat freilich nur wenig praktische Bedeutung, denn nach dem ganzen Verlauf der europäischen Beratungen ist es jetzt klar, daß auf Jahre hinaus nichts Konkretes dabei herauszukommen wird, mag Rußland daran teilnehmen oder nicht. Aber das Ergebnis dieser Taktik verdient doch festgehalten zu werden. Seit dem 14. September jagen Millionen von Deutschen dem Phantom einer neuen Rüdtegruppierung Deutschland-Italien-Rußland nach, wie sie ursprünglich nur von Hitler und Freytagh-Boringhove propagiert wurde. Die Wilhelmstraße hat nicht den Mut, dieser Illusion entgegenzutreten. Unter dem Vorwand der „Aktivität“ läßt man sich von Litwinow und Grandi am Gängelband führen, erfüllt man die ganze übrige Welt mit Mißtrauen, begibt man sich in zunehmendem Maße seiner Handlungsfreiheit und vernachlässigt obendrein seine eigenen Interessen und seine aktuellsten Ziele. Wann wird Dr. Curtius endlich den Mut aufbringen, sich zu der Linie seines Vorgängers Dr. Stresemann zurückzufinden, der sich nicht ins Schlepp der Falschisten und Bolschewiken nehmen ließ?

Die Aktien der Mittelstandsbank.

Wie Dremwig mit einer französischen Bankengruppe verhandelte.

Ein sehr interessanter Prozeß, der den Verkauf eines Aktienpaketes der Deutschen Mittelstandsbank an eine französische Bankiergruppe zum Gegenstand hatte, beschäftigte am Montag die 10. Zivilkammer des Landgerichts III. Im Jahre 1928 war die Deutsche Mittelstandsbank entstanden, einen Teil ihrer Aktien zu verkaufen, und der damalige Geschäftsführer Lorenzen und der Abgeordnete Dannenberg hatten einen Kaufmann namens Köller beauftragt, zur Durchführung dieses Geschäftes Verhandlungen mit kapitalkräftigen Gruppen anzuknüpfen. Von diesem Projekt hörte auch der Bankier Hans Scharlach, der während der Inflation bekanntlich die Steinbank besaß und sie später an Autister verkaufte. Er fuhr nach Paris und setzte sich dort mit dem Bankier Raymond Lepercq in Verbindung, die durch den aus mancherlei Affären bekannten früheren Berliner „Bankier“ Johannes Walpe hergestellt wurde.

Lepercq trat dem Geschäft näher und war bereit, für 350 000 Mark Aktien der Deutschen Mittelstandsbank zu einem Kurs von 150 Proz. zu kaufen.

Der französische Bankier kam mit sechs anderen Pariser Herren nach Berlin und verhandelte hier mit dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Deutschen Mittelstandsbank. Den Pariser Herren wurde der Status der Bank vorgelegt und man beschloß mit ihnen dann große Veränderungen in Teilung, die allerdings der Deutschen Mittelstandsbank noch nicht gehörten, die man aber erwerben wollte, wenn Lepercq sich zum Ankauf der Aktien entschließen sollte. Bei Abschluß des Vertrages wurde nun

ein Kaufpreis der Aktien zum Kurse von 120 Proz. festgelegt, um die Steuer für die nicht unerhebliche Differenz von 30 Punkten zu ersparen.

Wegen dieser Differenz ist es dann zu Streitigkeiten gekommen, die jetzt auch den schwebenden Prozeß mit veranlassen. Der Käufer, der Kaufmann Köller, der hynichsen den Antrag auf Eröffnung des Konkurses gegen die Deutsche Mittelstandsbank gestellt hat, hatte nämlich von dem damaligen Geschäftsführer der Bank einen Provisionschein erhalten, der ihm eine Prämie zusicherte für den Fall, daß das Geschäft mit Lepercq abgeschlossen würde. Nun ergab sich jedoch, daß die Kursdifferenz zwischen

120 und 150 Proz. ebenfalls sehr umstritten war. Der Bankier Scharlach beanspruchte sie für sich, um seine Hinterräume abzufinden, hatte sich aber schriftlich verpflichtet, die Hälfte des Reingewinns, nämlich etwa 65 000 M., an einen „Dispositionsfond“ der Deutschen Mittelstandsbank abzuführen. Die Franzosen wiederum verlangten die präzise Erklärung der Mittelstandsbank, daß der gesamte Betrag für die Aktien, nämlich 525 000 M. in die Kasse der Bank fließen sollte. Lepercq hatte bei Abschluß des Vertrages der Deutschen Mittelstandsbank einen Wechsel in Höhe von 525 000 M. übergeben, der als Sicherheit für die genau vereinbarten Zahlungen dienen sollte.

Die Mittelstandsbank bekam jedoch nun selbst Bedenken, und sie zog es vor, das Geschäft nicht zu machen

und präsentierte auch den Wechsel für den Ankauf der Aktien am Verkaufstage tatsächlich nicht in Paris. Sie tat das, nachdem am 23. März 1928 der Bankier Lepercq mit den Parteivorstehenden Dremwig, Dannenberg und dem Vorstandsmitglied Klem eine Sitzung in Berlin abgehalten hatte, bei der festgestellt wurde, daß Scharlach Lepercq verschwiegen hatte, daß die Kursdifferenz zwischen 120 und 150 Proz. für ihn bestimmt war und daß die Hälfte dieses Betrages nach Abzug der Unkosten der Mittelstandsbank zustießen sollte.

Der Pariser Bankier erklärte hierin eine Täuschung durch Scharlach und erhielt seinen Wechsel zurück. Der Kläger Köller begründet seine Klage gegen die Deutsche Mittelstandsbank damit, daß er das Geschäft rechtswirksam zum Abschluß gebracht habe und deshalb die ihm zugesicherte Provision erhalten müsse. Das Geschäft sei lediglich aus politischen Gründen rückgängig gemacht worden. Bei der gestrigen Verhandlung drehte es sich hauptsächlich um die inzwischen in Paris vor dem dortigen Friedensrichter erfolgte Vernehmung des Bankiers Lepercq. Von dem Anwalt des Klägers wurde der Antrag gestellt, den Reichstagsabgeordneten Dremwig nochmals zu vernehmen und zu vereidigen, da seine bisherigen Aussagen nicht stimmen könnten. Weiter soll der Landtagsabgeordnete Dannenberg, der inzwischen aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden ist, als Zeuge vernommen und ferner der Bankier Scharlach vereidigt werden. Vom Bericht wird zur Entscheidung darüber ein neuer Termin anberaumt werden.

Hindenburg wird Kaiser.

Ein Vorschlag des Jungdeutschen.

Die offiziellen Kreise des Deutschen Reiches haben am Sonntag ein Kaiserfest ohne Kaiser gefeiert. Das war — jedermann wird das zugestehen müssen — nichts Hoheres und nichts Ganzes. Zu einem Kaiserfest gehört nun einmal ein Kaiser. Man stelle sich vor, wenn das Noemberverbrechen nicht passiert wäre, dann hätte Wilhelm II. Allerhöchste selbst die Festrede gehalten, und dann wäre die Sache erst richtig gewesen!

Zimmerlin hat das Fest den Vorteil gehabt, den „Jungdeutschen“ auf eine gute Idee zu bringen. Er schlägt nämlich vor, den Reichspräsidenten von Hindenburg durch einen Beschluß des Reichstags zum „Reichspräsidenten auf Lebenszeit“ zu machen. Wir sehen nur nicht ein, warum dann Herr von Hindenburg noch das Prädikat vorenthalten werden soll, das allen Staatsoberhäuptern auf Lebenszeit zusteht. Solche Leute nennt man doch Majestät. Ebensovienig ist einzusehen, warum nicht auch gleich der Herr Sohn zum lebenslänglichen Nachfolger bestimmt werden soll. Dann wären wenigstens künftige Reichstanzler die Berlegenheit los, mit was für einem Hoch sie ihre Festreden schließen sollen: mit einem Hoch auf „das in der Republik geinnte Vaterland“, wie es früher üblich war, oder nur mit einem militärisch schlichten Hoch auf „das Vaterland“, wie das am Sonntag Herr Brüning tat. Die Formel würde dann klar und einfach lauten: „Es lebe die kaiserlich deutsche Republik!“

Der „Jungdeutsche“ begründet seinen interessanten Vorschlag mit einem noch interessanteren Bericht über eine Rede des Stahlhelmführers Selbke, in der dieser von der Reichspräsidentenwahl des nächsten Jahres sprach und dazu seine gemeinsame Aktion mit Hitler und Hugenberg ankündigte. Der „Jungdeutsche“ ergänzt die Erklärung des Stahlhelmführers durch die Mitteilung, ihm sei bekannt, daß „Ausgänge, Klubs und Konventikel tagen, in denen um die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl ge-

handelt und geeilt wird“. Wir nehmen an, daß es sich hier um eine tendenziöse Entstellung handelt, denn „Handeln und Eilt“ ist jüdisch und deutscher Männer durchaus unwürdig. Der „Jungdeutsche“ spricht aber von einem „Handel um die Kandidaten“ in einer Weise, als handle es sich um einen ganz starken Anhang nationaler Männer zu der — doch nur für Sozialdemokraten bestehenden — „Futtertruppe“.

Auf alle Fälle, dem „Jungdeutschen“ ist vor den Kandidaten des Dritten Reichs so himmelstark geworden, daß er in seiner Berzweiflung auf den oben gemeldeten Vorschlag gekommen ist. Und das läßt allerdings tief blicken!

Wer schreibt das?

„Das Reich war eine stolze, staatsliche Bildung, frei im Innern und frei nach außen. Nicht die restlose Erfüllung der deutschen Sehnsucht und des ewigen deutschen Traumes; aber ein Anfang, ein Weg, ein Durchbruch, ein Staat, der seinen Bürgern Brot gab und vor der Welt den Schild der Ehre hochhielt. Wenn nicht geküßt, so doch geachtet oder mindestens geschätzt. . . Mit aufrechtem Stolz stehen wir auf dieser Tradition.“

Wer schreibt das?

Herr v. Oldenburg-Jaruschan im „Log“? Oder der General v. Einem in der „Deutschen Zeitung“? Oder Herr Ewerling in der „Kreuzzeitung“?

Nein, das schreibt Goebbels im „Angriff“. Dieser junge Mann, der das Kaiserreich nur als Kind erlebte, hat so schlecht Geschichte gelernt, daß er das Reich des Sozialistengesetzes und des Dreiklassenwahlrechts „frei nach innen“ nennt. Er meint, es habe seinen Bürgern Brot gegeben — er weiß nicht, daß jenes Reich mit seinen vielen unermeßlich reichen Leuten für die Arbeitslosen keinen Pfennig hatte und daß hier die arme Republik erst nachholen mußte, was vom reichen Kaiserreich versummt worden war!

Die Heiden des Dritten Reichs stehen fest und treu zur Tradition des Wilhelmismus. Darum nennen sie sich ja auch „Revolutionäre“.

Eine Milliarde für den Osten.

Das neue Osthilfegesetz. — Mittwoch Entscheidung des Reichskabinetts.

In den letzten Tagen haben zwischen dem Reich und den preussischen Ressorts noch eingehende Verhandlungen über die endgültige Ausgestaltung der Osthilfe stattgefunden. Am Mittwoch wird nunmehr das Reichskabinetts seine endgültige Entscheidung treffen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, sind von der Reichsregierung zwei Gesetzentwürfe fertiggestellt worden, und zwar das Osthilfegesetz und ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung.

Nach einer überschläglichen Berechnung werden auf Grund dieser beiden Gesetze durch den Sechsjahresplan dem deutschen Osten

Mittel in der Höhe von annähernd einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt werden.

Parlamentregierung in Indien.

Konferenz beendet / Weg zu endgültigen Vereinbarungen frei

London, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Noch einmal hatten sich am Montagmorgen die Delegierten der englisch-indischen Konferenz zu einer Sitzung im St. James-Palast versammelt. Eine schwere und feierliche Stimmung lag über dem Raum. Noch einmal erhoben sich die Delegationsführer der verschiedenen Parteien, Klassen und Nationalitäten, um ihre Wünsche und Hoffnungen vorzutragen. Besonders eindringlich waren die Worte Sapru, der um der Beibehaltung willen die Freilassung der politischen Gefangenen in Indien forderte, damit die neue Ära dem indischen Volke weit sichtbar werde, eine Ära der Versöhnung und des Fortschritts.

Im gleichen Sinne sprachen sie alle und ließ die Worte des Vertreters der englischen Konservativen atmen Ausgleich.

Als letzter erhob sich Macdonald. Seine Worte hinterließen tiefen Eindruck von dem christlichen Willen der Arbeiterregierung, Indien zum Dominionstaat umzugestalten. So tief war dieser Eindruck, daß sich zum Schluß die Delegierten zu einem spontanen dreifachen Hoch auf den Ministerpräsidenten erhoben. Einstimmig wurde darauf die Entschloßung angenommen, die den Verfassungsentwurf als wertvolle Grundlage für die künftige Verfassung der indischen Föderation begrüßt. Damit schloß diese historische Konferenz, die nach Macdonalds Worten „das Buch des Schicksals und der Zukunft für beide Völker aufgeschlagen hat“.

Nothilfe der Reichswehr.

Der Reichswehrminister hat einen Erlass über Hilfsmassnahmen der Wehrmacht zur Vinderung der allgemeinen Not herausgegeben. Darin werden die Wehrkreis-kommandeure des Reichsheeres und die Stationschefs der Marine angewiesen, in engem Zusammenarbeiten mit Behörden, gemeinnützigen Vereinen, amtlichen und privaten Wohlfahrtsstellen die Hilfsmittel der Wehrmacht einzusetzen. Im Rahmen dieser Hilfsmassnahmen werden Feldküchen zur Speisung Bedürftiger, Fahrzeuge zu Materialtransporten und auch personelle Kräfte zur Verfügung gestellt. Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden soll verhindern, daß Arbeitslose geschädigt werden.

Der preussische Handelsminister hat an das Provinzialkollegium Berlin und die Regierungspräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem zur Beschulung erwerbsloser Jugendlicher an den Berufs- und Fachschulen die Schaffung entsprechender Einrichtungen gefordert wird. Die jugendlichen Arbeitslosen, die auf Grund amtlicher oder privater Initiative bereits ausreichend beschult sind, bleiben von dem Erlass unberührt.

Der Oberbürgermeister von Köln.

Eine Berichtigung.

Wir hatten vor einiger Zeit eine Betrachtung über Oberbürgermeistergehälter veröffentlicht, wobei wir die Bezüge des Oberbürgermeisters von Köln, Adenauer, wie folgt berechneten: 41 250 M. Gehalt mit Frau- und Kinderzuschlägen, 43 000 M. Wohnungsgeld, 10 000 M. Aufwandsentschädigung, 14 000 M. Tantiemen von der Brov.-Feuerversicherung zur freien Verfügung, insgesamt 108 250 M. Wir hatten ferner festgestellt, daß davon 70 000 M. pensionsfähig sind.

Herr Adenauer schickt uns nun die folgende Berichtigung:

Die wirklichen Bezüge des Kölner Oberbürgermeisters sind folgende:

Gehalt: 36 000 M. wie die Oberbürgermeister von Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hannover, dazu die üblichen Kinderzuschläge.

Aufwandsentschädigung: 10 000 M., ferner wie fast alle Oberbürgermeister freie Wohnung.

Bezüglich der Wohnung ist folgende Sonderregelung getroffen, die notwendig wurde, weil das von den beiden früheren Oberbürgermeistern bewohnte städtische Haus als Wohlfahrtschule verwendet wurde. Vom Jahre 1917 bis 1926 hat Oberbürgermeister Adenauer das von ihm als Beigeordneter 1910 bis 1911 erbaute Haus weiter bewohnt und dafür Zinsen nach dem Zinssatz der ersten Hypotheken der städtischen Sparkasse in Köln von dem durch einen vereidigten Sachverständigen auf 160 000 Mark geschätzten Wert dieses Hauses erhalten. Das Haus ist, da es als Dienstwohnung nicht mehr genügt, im Jahre 1928 bei einem Bauherrn von annähernd 200 durch einen Ausbau, den das städtische Hochbauamt für 149 992 Mark ausgeführt hat, erweitert worden. Diesen durch Vorlage der Rechnungen von ihm als verausgabt nachgewiesenen Betrag erhält der Oberbürgermeister in der oben angegebenen Weise verzinst.

Der Oberbürgermeister hat sich mehrfach bereit erklärt, das Haus zum Selbstkostenpreis an die Stadt gegen Fortfall jeder Zinszahlung an ihn zu übertragen. Da das Haus keineswegs größer als beratliche Dienstwohnungen ist, hat der Oberbürgermeister irgendeinen besonderen Vorzug gegenüber anderen Chefs von Behörden nicht.

Der Oberbürgermeister ist ferner Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brickfabrikation und des Rheinischen Elektrizitätswerks. In der Verwendung der Aufsichtsratsantienien ist er gebunden.

Er ist ferner nicht als Vertreter der Stadt Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank. Vor seiner Wiederwahl sind Vertreter der Stadtordnungsversammlung an ihn herangetreten und haben ihn gebeten, auf die Tantieme hieraus zugunsten der Verwendung für Beamte und Rufen zu verzichten, wofür man ihm dann die Vergütung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, die seine Vorgänger zur freien Verfügung hatten, befaßten. Darauf ist der Oberbürgermeister eingegangen.

Die bisherigen Angaben seiner Bezüge in der Presse waren, wie bereits bemerkt, alle falsch. Die Verzinsung der von ihm für das Haus angewendeten Kapitalien ist fälschlich als Wohnungsgeld bezeichnet und als reines Einkommen aufgeführt worden, und es ist nicht dabei bemerkt worden, daß diese Beträge keineswegs reines Einkommen sind, sondern daß er dafür die Zinsen der für das Haus benötigten Kapitalien seinerseits zu zahlen hat. Bei der Aufzählung des aus der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt herrührenden Betrages ist unterlassen worden, zu sagen, daß er dafür auf Privateinkommen in annähernd gleicher Höhe verzichtet hat.

Wir geben diese Berichtigung wieder, aber wir sehen darin nur eine Bestätigung unserer Angaben. Herr Adenauer wehrt sich vor allem, daß wir ihm 43 000 M. Wohnungsgeld berechnet haben. Er meint, das sei kein Einkommen.

Dazu bemerken wir zunächst, daß von diesen 43 000 M. 20 000 M. als pensionsfähig anerkannt worden sind. Ferner aber: wie man diese 43 000 M. auch benennen will, so ist die Tatsache nicht zu leugnen, daß Herr Adenauer von der Stadt Köln als Leistung die kostenlose Benutzung eines Hauses erhält, für dessen Verzinsung die Stadt Köln Herrn Adenauer, der Eigentümer des Hauses ist, 43 000 M. jährlich zahlt. Wenn das nicht Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes ist, dann gibt es überhaupt keins!

Im übrigen: ein Haus im Werte von 160 000 M. zu Klein für einen Oberbürgermeister?

Die Nachbeter des Spions.

Wer ist Herr von Berendt?

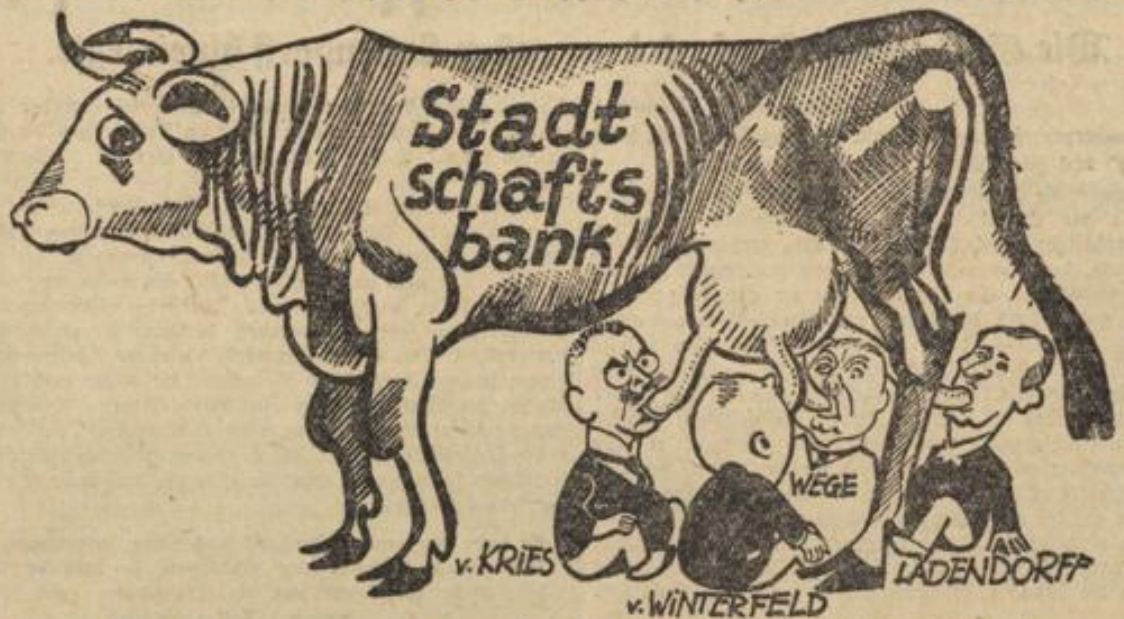
Man schreibt uns:

Dem früheren Flügeladjutanten des ehemaligen Kaisers, General von Cramon, der sich nicht scheute, bereits gerichtliche Widerlegungen des französischen Spions Crozier-Desgranges gegen die deutsche Sozialdemokratie zu wiederholen, gestellte sich, wie Sie meldeten, in einem Artikel in der „Deutschen Zeitung“ ein General der Artillerie von Berendt zu. Er nannte die Schreibereien des Spiegels „bedeutungsvoll“ und gab an, von ihnen „durchaus den Eindruck einer ersten Arbeit“ zu haben.

Wer ist der General der Artillerie von Berendt? Sie finden seinen Namen in der Rangliste des deutschen Reichsheeres. Er ist dort verzeichnet unter dem 3. (preussischen) Artillerieregiment mit den Worten: „Die Uniform des Regiments mit den Generalsabzeichen trägt General der Artillerie a. D. von Berendt, zuletzt Oberbefehlshaber der Gruppe 1.“ Sein Patent als General der Artillerie trägt das Datum vom 1. September 1921. Herr Richard von Berendt, der, gestützt auf einen französischen Spion, gegenüber der Sozialdemokratie politische Ehrabschneiderei treibt, wurde also zum General der Artillerie durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, Mitglied der deutschen Sozialdemokratie, befördert. Berendt von dem Reichspräsidenten Ebert, diene Richard von Berendt in einem der höchsten Vertrauensposten des Reichsheeres der Republik, als Oberbefehlshaber eines der beiden Gruppenkommandos, aus denen sich die Armee zusammensetzt. Die Höhe seiner Pension richtet sich nach dem Grade des Generals der Artillerie, zu dem ihm der Sozialdemokrat Ebert, den er jetzt durch sein Befehlsamt zu Crozier-Desgranges über das Grab hinaus schmählt, ernannt hat.

Dauerkläger Gröner abgewiesen. In dem Zivilprozeß des Senatspräsidenten Dr. Grünner gegen den preussischen Staat, in dem sich das Gericht mit der rechtlichen Grundlage des Rostpfers zu befassen hatte, hat die achte Zivilkammer beim Landgericht I am Montag folgendes Urteil verkündet: Der Kläger wird mit der Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Die Milchkuh.



60 000 Mark Reingewinn und 65 000 Mark Aufsichtsratsantienien, kein Wunder, daß die Kuh dabei schlapp macht!

Die Politik als Schicksal.

Staatssekretär Trendelenburg über die Wirtschaftskrise. — Genosse Larnow über Lohnabbau und Preishöhe.

Nach Abschluß der Beratung des Haushalts des Reichstanzlers und der Reichstanzlei begann der Haushaltsausschuß des Reichstags mit der Behandlung des Reichswirtschaftsministeriums, die eingeleitet wurde, durch eine Rede des

Staatssekretärs Trendelenburg

über die Ursachen und die Ausdehnung der Weltwirtschaftskrise. Trendelenburg führte aus:

„Die herrschende Weltwirtschaftskrise erfährt alle Länder der Welt. Ihre letzten Ursachen zeichnen sich noch nicht deutlich ab. Anscheinend haben aber die internationalen Finanzleute recht behalten, welche schon Ende 1919 auf die internationale Kriegsschuldung als Hindernis für die Rekonstruktion der Welt hingewiesen haben. Das wichtigste Symptom der Krise ist die Verschiebung des Wertverhältnisses zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigerzeugnissen andererseits.

Das Mißverhältnis der Wertbemessung zwischen landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen einerseits und industriellen Fertigerzeugnissen andererseits muß beseitigt werden.

Hieraus hat die Reichsregierung die Folgerung einer Senkung des industriellen Selbstkosten- und Preisniveaus gezogen. Bei der Durchführung dieses Prozesses müssen wir darauf Rücksicht nehmen, in welchem Maße labil die deutsche Wirtschaft, insbesondere nach der Kreditseite und nach der Seite des Verbrauchs hin, ist, und daß wir deshalb Erschütterungen vermeiden müssen. Ich bin daher bemüht, auch da, wo zur Beschleunigung und Erleichterung dieses Anpassungsprozesses staatliche Eingriffe erforderlich sind,

diese Eingriffe auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und im Rahmen der Entwicklung der privaten Initiative der Wirtschaftskreise, auf denen ohnehin der unentrichtbare Druck der Marktlage lastet, Spielraum zu lassen. Dies gilt namentlich auch für die Handhabung der Kartellnotverordnung, die auf eine gewisse Lockerung des starren Gefüges der kartellmäßigen Bindungen hinwirken soll.

Angesichts der Arbeitslosigkeit kommt der deutschen Ausfuhr, die hauptsächlich aus Industrieerzeugnissen besteht, besondere Bedeutung zu. Die industriellen Unternehmer- und Arbeiterkreise erheben daher mit besonderem Nachdruck die Forderung,

daß das bestehende Handelsvertragsystem vor Erschütterungen bewahrt bleibe und die Handelspolitik ihre bisherige Richtung behalte.

Dies gilt insbesondere für das Prinzip der Reizbegünstigung.

Zum Schluß seiner Rede führte Staatssekretär Dr. Trendelenburg aus, man werde wohl nicht von ihm erwarten, daß er für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft eine Prognose stelle. Vom Standpunkt rein wirtschaftlicher Betrachtung aus könne mit Sicherheit festgestellt werden: Die deutsche Wirtschaft ist, was den Produktionsapparat und die Arbeitslosigkeit und Arbeitsfähigkeit des Volkes anlangt, im Kern durchaus gesund. Doch besteht aller Anlaß, auf wichtige Funktionen dieses großen Körpers einschneidend der psychischen Funktionen mit besonderer Sorgfalt zu achten. Stärker aber als in anderen Zeiten ist die wirtschaftliche Entwicklung von Faktoren abhängig, die außerhalb der Wirtschaft und ihrer Normen liegen. Eine wirkliche Prognose läßt sich daher auf Grund ökonomischer Betrachtungen allein nicht stellen. Im Augenblick ist nicht die Wirtschaft, sondern die Politik unser Schicksal.

Nach den Referenten, dem nationalsozialistischen Abgeordneten Reinhardt und dem Zentrumsabgeordneten Schlad, kam in der Diskussion dann

Abg. Genosse Larnow

als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion zu Wort. Er stellte fest, daß das Wirtschaftsministerium sich in keiner beneidenswerten Lage befinde. Staatliche Nachmittel gegen die Krise gebe es nicht. Die Wirtschaftspolitik sei eben auch Ergebnis der Gesamt-, besonders der Außenpolitik. Dazu komme, daß es neben der Berendenburg durch die Reparationslasten auch eine Verelendung durch politische Dummheit gebe.

Die Wahl des 14. September habe die Justizkraft um 2 Prozent erhöht.

Weiter hat die Regierung zur Milderung der Krise nicht alle Einwirkungsmöglichkeiten ausgenutzt. Die Regierung hat sich von Anfang an hinter die Devise des Lohnabbaues gestellt. Damit

molte sie auch die Preisentung einseitig. Nun ist der Lohnabbau schon im allgemeinen viel weiter gegangen, als die Deffenlichkeit weiß. Denn schon vorher waren die Effektivlöhne gesunken.

Mit dem jetzigen Stand des Lohnabbaues muß das Ziel der Regierung erreicht sein. Dagegen sind im Preisabbau die Versprechungen nicht erfüllt.

In früheren Wirtschaftskrisen sind die Löhne nicht abgerundigt gesunken, sondern nach den Feststellungen sind erst die Preise gesunken und dann sind die Löhne gefolgt. Frühere Krisen haben sogar eine Aufhöhung der Reallohne gebracht. Die Regierung hat diesmal den umgekehrten Weg gewählt. Sie hat die Löhne des geringsten Widerstandes gesucht. Dabei hatten wir eine außerordentlich starke Investition neuer Mittel. Nicht weniger als circa 65 Milliarden sollen bei uns investiert sein. Das beleuchtet trotz die Behauptung von der fehlenden Kapitalbildung!

Den Preisen gegenüber ist die Regierung mit theoretischen, beim Lohnabbau mit sehr realen Maßnahmen vorgegangen.

Die Erfolge hier und dort sind dementsprechend. Im weiteren Verlauf seiner Rede polemisierte Genosse Larnow gegen die Wirtschaftspolitik der Kartelle, die ihre Lasten in der Hauptsache den Verbraucherfreien aufbürdeten, ohne trotz der Not der Zeit die eigene Rentz zu schmälern.

Zentrale für Heimdienst.

Der Ausschuß lehnte die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen ab, die eine Streichung der Staatsanträge für die Zentrale für Heimdienst gefordert hatten. Ebenso lehnte er die Streichung der Stelle von Reichminister Treviranus ab.

Strafella in Berlin.

Ein unwillkommener Besucher.

Am 19. September 1930 hat der Wiener Presserichter, der alles eher als irgendwelcher Sympathie für — Marxisten verdächtige Dr. B. W. W. in dem Beteiligungsprozeß des Dr. Strafella gegen die „Arbeiter-Zeitung“ nach eingehender Beweisaufnahme ein Urteil gefällt, das dem Herrn Dr. Strafella „unsauberes und inkorrektes“ Verhalten bescheinigt.

Dieses Urteil ist bisher von der Berufungsinstanz noch nicht verhandelt worden. Seine Kennzeichnung bezog sich besonders auf Häuserziehungen Strafellas im Deutschen Reich während der Markinfation.

Inzwischen ist der so gekennzeichnete Strafella zum Generaldirektor der Oesterreichischen Bundesbahn gemacht worden. In dieser Eigenschaft, also offiziell, besucht er jetzt Berlin.

Die Achtung und die freundlichen Gefühle, die man sonst den Besuchern aus dem Bruderland entgegenbringt, erstrecken sich nicht auf diesen Gast.

Handlungsfreiheit beim Wehretat.

Sozialistischer Parteitag und Regierung Steeg.

Paris, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Der am Sonntag in Paris stattgefundene kleine Parteitag der Sozialistischen Partei hatte sich außer mit dem Fall Renaudel als Budgetberichterstattung für das Luftfahrtministerium vor allem mit der heiklen Frage zu befassen, welche Haltung die sozialistische Parlamentsfraktion in der Budgetberatung bei der Genehmigung der Militärtkredite einnehmen solle. Durch Interventionen von Blum und Grumbach ist es gelungen, der Parlamentsfraktion volle Handlungsfreiheit zu lassen. In der Entscheidung heißt es zwar, daß diese Handlungsfreiheit der Parteidoktrin und den früheren Parteitagbeschlüssen Rechnung zu tragen habe. Gleichzeitig wird aber auch erklärt, daß es die Hauptaufgabe der sozialistischen Parlamentarier sein müsse, der reaktionären Lardieu-Mehrheit die Rückkehr zur Regierung zu versperren. Damit ist die Parlamentsfraktion im gegebenen Augenblick vor die Alternative gestellt, was sie für das kleinere Übel hält. Die französischen Sozialisten befinden sich also gegenüber dem Kabinett Steeg in der gleichen Lage wie die deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Regierung Brüning. Um Schlussieres zu verhindern, können sich die französischen Sozialisten sehr wohl genötigt sehen, für die Regierung zu stimmen, nicht etwa, wie Léon Blum ausdrücklich erklärte, um ihr Leben zu verlängern, sondern um die Reaktion zu bekämpfen.

Nationaler Massenwahn.

Wie Goldmacher Tausend den großen Ludendorff hineinlegte.

München, 19. Januar.

„Im Goldmacherprozess Tausend wurde der Angeklagte über seine „Erfindung“ und seine Gesellschaften vernommen.

Zunächst kommt die Gründung der Tausend-Rienhardt-Gesellschaft zur Sprache. Tausend hat damals bekanntlich 100 000 Mark erhalten; einen Teil des Betrages verwendete er für das Laboratorium, den Rest von 75 000 Mark verbrauchte er zum Ankauf von Immobilien. Er sei es, wie er aussagt, von Jugend auf gewöhnt, daß um sein Haus herum auch Grundbesitz liege. — Dann kommt der Ankauf des Südtiroler Schlosses Paschbach zur Sprache. — Das Schloss sei, erklärt Tausend, damals eine Ruine gewesen und von ihm wieder aufgebaut worden. Was die Tausend-Rienhardt-Gesellschaft angehe, so habe er sich um die geschäftlichen Dinge nicht gekümmert; er habe nur im Laboratorium gearbeitet, während die kaufmännischen Arbeiten von Rienhardt erledigt worden seien. Auf die Frage, ob er sich schon früher auf die Herstellung von Gold verlegt habe, gab der Angeklagte eine verneinende Antwort und erklärte, er sei nur durch einen Zufall darauf gekommen. Einmal sei eine Mischung explodiert und in dem an die Wand gescheiterten Rest habe man Gold festgestellt.

Auf wiederholte Aufforderungen des Vorsitzenden, seine Theorie zu erläutern, erklärt Tausend, wenn er vor Sachmännern einen wissenschaftlichen Vortrag halten könnte, so würde er sicher recht bekommen. Er habe seine Erfahrungen geheimgehalten, und mit Recht, denn nirgends werde soviel gestohlen wie in der Chemie. Tausend verbreitete sich dann über die Beziehungen zwischen Physik und Chemie. Die wissenschaftliche Atomlehre sei ein Konglomerat von mathematischen Irrungen. Seine chemische Lehre verstohe nur der, der gleichzeitig physikalisch sei. Die mathematische Chemie beherrsche nicht einmal das Einmaleins. Ganze Bücher über Molekulargewichte seien grundfalsch. Was die Professoren heute lehren, sei ein Herumführen der Schüler an der Nase.

Die Chemie sei heute gar nicht in der Lage, ein Experiment vorher zu berechnen.

Er mache seine Berechnungen immer im Gegensatz zur Chemie und baue darauf seine Experimente auf, unbekümmert darum, daß seine Arbeiten als Dilettantismus und Stümpertum bezeichnet würden.

Ludendorff als Treuhänder der Luther-Regierung.

Tausend erklärt dann, daß er bei einem bayerischen Finanzminister gewesen sei, der sich auch bereit erklärt habe, seine Versuche im Münzamt prüfen zu lassen. Der Mann sei musikalisch gewesen und habe seine Darlegungen auch verstanden, es sei aber nicht zu dem Versuch gekommen, da verschiedene Beamte plötzlich Bedenken bekommen hätten. Er habe sich dann an die Reichs-

kanzlei in Berlin gewandt. Dort sei ihm der Bescheid geworden, daß ein Treuhänder in München die Goldversuche prüfen sollte. Dieser Treuhänder sei General Ludendorff gewesen.

Vors.: Der ist aber doch kein Chemiker?

Angell: Ich sage ja Treuhänder. Eigentlich Ludendorff hat einen Chemiker namens Kummer beauftragt, die Versuche zu prüfen. Das war im Frühjahr 1925. Es mußte eine neue Arbeitsstelle geschaffen werden, um die Versuche geheimzuhalten, da im Laboratorium sehr oft Besucher, darunter hauptsächlich Chemiker, vorstünden. Das neue Laboratorium verlegte Tausend nach Milinging, einem kleinen Vorort von München. Er stellte auch Leute an, die sich in die Goldherstellung einarbeiten sollten. Bei der Goldherstellung sei es ihm gelungen, einen Naturprozess, der sich auf ungenutzte Zeiträume erstreckt, auf Sekunden zusammenzubringen. Sein Ertragnis habe etwa 7 Gramm betragen, doch habe er es allmählich vervierfachen können.

Er habe dann mit Ludendorff nach einer Besprechung im Juni 1925 einen Privatvertrag geschlossen, in dem er ihm seine synthetische Goldherstellung als Treuhänder zum Nutzen des deutschen Volkes überließ.

Er, Tausend, habe auf jeden Nutzen dabei verzichtet. Am 24. Oktober 1925 schloß Tausend mit Ludendorff einen formellen Vertrag, in welchem Tausend auf Wunsch Ludendorffs fünf vom Hundert des wirtschaftlichen Ertrages zugesprochen wurden. Am gleichen Tage wurde der Gesellschaftsvertrag zur Gründung der „Gesellschaft 164“ geschlossen. (Die Ziffer 164 sollte der Deckname für Gold sein.)

Tausend behauptet, daß dieser Vertrag über seinen Kopf hinweg gemacht wurde. Er sei am Schranck berufen worden, wo der Vertrag bereits vorgelesen habe. Es seien allerdings schon viele Schulden vorhanden gewesen. Die Zahlungen der früheren Geldgeber wurden mit in die neue Gesellschaft übernommen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wo das Geld hingekommen sei, meinte Tausend, das frage er sich selber auch.

(Große Heiterkeit bei den Zuhörern.) Auf wiederholte Fragen erklärt schließlich Tausend, daß die Gelder wohl für politische Zwecke der hinter Ludendorff stehenden Kreise verwendet worden seien. Welche Partei etwas bekommen habe, wisse er nicht. Er sei kein Politiker und gehöre keiner Partei an.

Ludendorff schließt einen Vertrag.

Der Vorsitzende verlas sodann den Gesellschaftsvertrag, in dem Ludendorff im Mittelpunkt steht. Er wird als Vertrauensmann bezeichnet, dem 75 Proz. aus den Erträgen der Gold-

macherlei zuzuführen sollten, ohne daß er über die Verwendung Rechenschaft abzulegen brauche. Im Anschluß hieran weist Tausend darauf hin, daß Ludendorff mit sechs Herren, teils Chemikern, teils Vertrauensleuten, bei ihm in Milinging gewesen sei. Die Versuche seien damals positiv verlaufen. Unter anderen Leuten, die sich in der Folgezeit einfanden, befand sich auch der Chemiker Doering. Er habe sich die Experimente genau ansehen, habe sich Notizen gemacht und sei dann zu Ludendorff gegangen mit der Erklärung, er könne jetzt auch Gold machen, und zwar in größeren Mengen als Tausend. Doering hat auch später eine eigene Gesellschaft zur Herstellung künstlichen Goldes gegründet.

Nach der Darstellung des Angeklagten sei auch eine Vorführung der Goldherstellung vor Hindenburg in Aussicht genommen gewesen.

Auf präzise Fragen des Vorsitzenden mußte Tausend zugeben, daß ihm eine persönliche Einladung nicht zugegangen sei, er behauptete aber, daß ihm von Seiten Ludendorffs mitgeteilt worden sei, Hindenburg wolle sich während seines Besuchs in München einen Versuch zeigen lassen. Wegen des Zwistes zwischen Ludendorff und den bayerischen Generalen sei der Besuch Hindenburgs bei Ludendorff damals abgefragt worden, und damit sei auch die bei dieser Gelegenheit beabsichtigte Vorführung der Goldherstellung sowie die Uebergabe seiner Erfindung an das Reich nicht möglich gewesen.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Dienstag vertagt.

Die Wahlreform in Großbritannien.

London, 19. Januar.

Heute wurde der Wortlaut der Regierungsvorlage über die Wahlreform veröffentlicht, der folgende Hauptbestimmungen enthält: Die Wahlen zum Parlament erfolgen auf Grund des alternativen Wahlrechtes. Ein doppelt vertretene Wahlkreise werden zerlegt. Die Universitätswahlbezirke werden abgeschafft. Außerdem wird die Benutzung von Wagen für die Beförderung von Wählern eingeschränkt und ein Höchstmaß für die Wahlausgaben festgelegt.

Bulgarische Faschisten gegen Remarque. In den letzten Tagen erhielten alle Soldaten Kinobesitzer und Filmverleiher ein anonymes Schreiben mit der Warnung, den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ in der bulgarischen Hauptstadt aufzuführen. Im Falle einer Zuwiderhandlung würden die Briefschreiber vor keiner Gewalt zurückschrecken, um die Vorführung des Films unmöglich zu machen. Man vermutet hinter den Schreibern der Drohbrieve nationalistische Verbände, vor allem den faschistischen Heimatklub, der sich des Wohlwollens weiter Regierungskreise erfreut.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Neuheiten: R. S. Schäfers; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S. O. 66, Lindenstraße 2, siehe 2. Beilage.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Vorsand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Zusendung von 5 M an Obst, Gemüse u. verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch

Kalbskamm . . . Pfund 0.80
Kalbskotelett . . Pfund 1.34
Suppenfleisch . . Pfund 0.82
Lieser Pfund 0.64
Gulasch 1.00 Gehacktes Pfund 0.85
Rinderkamm u. Brust Pfund 0.90
Schweinebauch Pfund 0.84
Schweinerücken Pfund 0.90
Hammel-Vorderfl. 0.98
Fr. Bratwurst Spezialität Pfund 1.16

Obst u. Gemüse

Mandarinen . . Pfund 0.28
Zitronen Dutzend 0.38 0.48
Apfelsinen Dutz. 0.35 0.55
Kalif. Aepfel Pfd. 0.38 0.45
Bananen 3 Pfund 0.98
Möhren u. Zwiebeln, Pfd. 0.05
Rot- u. Welschkohl Pfund 0.06
Sellerie . . Pfund 0.06 0.09
Blumenkohl Kopf von an 0.25
Rosenkohl . . . 2 Pfund 0.35

Fische

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an 0.14
Schellfisch Pfund von an 0.14
Rotbars . . Pfund von an 0.14
Kabeljauffilet Pfd. v. an 0.22
Grüne Heringe 3 Pfund v. an 0.44
Leb. Karpfen Pfd. v. an 0.88

Räucherwaren

Büchlinge Pfund von an 0.28
Sprossen Pfd. an 0.38 Klisch. 0.42
Fleckheringe Pfd. v. an 0.48

Billige Lebensmittel

soweit Vorrat

Dampf- u. Rotw. Pfd. 0.98	Leberwurst feine u. Filzwurst 1.50	Gänse Pfund von an gefroren frisch 76, 90 Pf.
Landleber- u. Metzwurst 1.20	Teewurst 1.60 grobe 1.70	Enten und Hühner Pfund von an 95 Pf.
Jagd-, Kümmelwurst 1.40	Speck fett v. an 0.86 mager 1.15	Hasen gestreift u. aus-gewerk. Pfund von an 74 Pf.
Käse u. Fett	Konserven 1/2 Dose	Hirsch Pfund von an Regout Blätter 35, 85 Pf.
Camembert vollfett, Schachtel od. Spitzlinge 0.25	Karotten geschnitten . . 0.27	
Harzerkäse vollfett, 1/2 Kilo 0.52	Schnittbohnen 0.39 0.50	
Dän. Schweizer 1/2 Pfund 0.80	Gemüse-Erbsen . . . 0.52	
Tilsiter vollfett, Pfd. von an 0.88	Haushalt-Gemüse . . 0.70	
Holländer vollfett, Pfund 0.90	Pflaumen 0.60	
Margarine Pfund 0.40 0.52	Senfgrünen 0.75	
Tafelbutter Pfund 1.50 1.60	Marmelade (Vierfrucht) 1/2 Eimer 0.80	
Dän. Butter . . . Pfund 1.72	Aprikos.-Konfitüre . 1.10	

PERTRIX



Pertrix-Batterien sind durch längste Lebensdauer im Gebrauch am billigsten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beisetzung der Aschenkapel unseres Kollegen, des Schleifers

Otto Henkel

am Dienstag, dem 20. Januar, 15 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Neukölln, Mariendorfer Weg, stattfindet.

In unserem Kollegen Otto Henkel haben wir einen unserer Besten verloren. Stets dem Rufe der Kollegen folgend, vertrat er jahrelang uns als Berufscollegen in wirksamer Weise. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten und ihm nachzueifern versuchen. Es ist Ehrenpflicht, daß sich unsere Kollegen zahlreich an der Beisetzung beteiligen.

Die Branchenkommission der Schleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Für die vielen Bekundungen wärmster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens des Dichters

Dr. Franz Rothfelder

spreche ich im Namen der Angehörigen allen Beteiligten den herzlichsten Dank aus.

Wilhelm Rothfelder.

Eichwalde (Kr. Teltow), Steinstr. 8. 19. Januar 1931.

Am Freitag, dem 16. Januar, verstarb unsere fleißige und tüchtige Mitarbeiterin

Clara Conradt

im 46. Lebensjahre. Ein arbeitsreiches Leben hat damit vorzeitig ein Ende gefunden.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Konzentration A. G.

Sozialdemokratische Drucker- und Verlagsbetriebe

Die Einäscherung findet statt am 22. Januar, 13^{1/2} Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drucker

Richard Hoff

geboren 9. September 1899, am 12. Dezember 1930 gestorben ist.

Es sei seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit der G. D. O. 191. Abt. Treptow, sowie dem Redner Herrn Oberländer, meinen besten Dank.

Hulda Goehlich nebst Hinterbliebenen.

Am 13. Januar verschied nach langem schweren Leiden unsere liebe Schwägerin

Anna Fendel

im 63. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen Familie Siegfried Fendel.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 21. Januar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Dankagung

Für die uns erzeigte Anteilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

Paul Kunth

sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen der 79. Abteilung, Bezirk II, unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

Am 16. Januar, vormittags 9^{1/2} Uhr, nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater

Ferdinand Seiler

im 66. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Frau Marie Seiler, geb. Jakob
Euseb Kuhn, geb. Seiler
Karl Kuhn

Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 20. Januar, um 19 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Seiliner Straße, statt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Helene Pieper

gestorben ist.

Es sei ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 20. Januar, 14^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof Spandauerhof, in Spandau, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Wilh. Schuch

Baugeschäft

auch Ladenausbauten

Neukölln, Okerstraße 3

Fernsprecher Neukölln 1255

Gaststätte Rosenthaler Platz

Inhaber: Max Hundert

N 24, Elsässer Straße 86—88 :: Am Rosenthaler Platz

Empfehle meine neu eingerichteten Räume

Anerkannt vorzügliche Küche

Gutgepflanzte Getränke

Berliner Kindl Molle 25 Pfennig

Mündener Pschorrbräu Pilsener Urquell

Behaglicher Aufenthalt

Schiffahrt auch im Winter

Berlins Bedeutung als Binnenhafen ist von Jahr zu Jahr mehr in die Erscheinung getreten, und die vom Magistrat geplanten großzügigen neuen Schleusenanlagen zeigen, wie günstig in maßgebenden Kreisen die Zukunftsentwicklung der „Hafenstadt“ Berlin beurteilt wird. Auf Spree und Havel ruht der für die Versorgung der Viermillionenstadt so wichtige Schiffsverkehr auch im Winter nicht. Unser Bild zeigt einen von Hamburg kommenden Schleppzug auf der Havel von der Heerstraßenbrücke aus gesehen. Die Havel führt noch Hochwasser, ihr Wasserspiegel ist aber gegenüber dem Stande im Herbst erheblich zurückgegangen. Gleichwohl sind die vor Spandau gelegenen Tiefwerdewiesen noch ein einziges Uberschwemmungs-



gebiet. Während die stillen Buchten der Havel auf dem Wege nach Potsdam alle zugefroren sind, ist der Strom selbst zurzeit noch völlig eisfrei.

Frau Florian hat die Wahrheit gesagt

Also bleibt es bei der früheren Strafe

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen den Stadtamtmann Schwarz aus Brandenburg werden noch einige Zeugen darüber vernommen, ob die Schwester Florian nicht mit besonderer Vorliebe einen lazen und freien Ton gegenüber den Beamten des Wohlfahrtsamtes angewandt hat.

Es wird dann der Sachberater für Jugendfragen, Magistratsbeamter K., vernommen. Diesem Zeugen ist der freie Ton der Schulschwester Florian gegenüber dem Angeklagten Stadtamtmann Schwarz besonders aufgefallen. Eines Tages lehrte Frau Florian von einem städtischen Kindertransport, den sie nach Schreiberhau begleitet hatte, zurück; sie begab sich sofort in das Amtszimmer des Angeklagten und renomierte damit, daß sie im Schreiberhau tüchtig den Rodessport betrieben hätte. In ihren Reden habe sie allerdings den Sport nicht ausüben können, doch habe sie die Bekanntheit eines 16jährigen Herrn gemacht, dessen Hofen sie auf dem Zimmer dieses Herrn angezogen habe. Damit habe sie den Schneesport tadellos ausüben können. Auch hatte Schwester Florian gesagt, daß der Herr, dessen Sporthofen sie sich geliehen hatte, sie heiraten wolle. Als der Angeklagte sie fragte, weshalb sie den Herrn nicht wolle, habe Frau Florian geantwortet: Wenn ich heiraten sollte, kämen nur Sie, Herr Schwarz, in Frage.

Am späten Nachmittag wird dann die Beweisaufnahme geschlossen. Oberstaatsanwalt Leylaß kommt dann auf den Ton zu sprechen, der zwischen den Beamten im Wohlfahrtsamt herrsche. Er sagt wörtlich: „Wahrlich, ein wunderbarer Ton herrscht auf dem Brandenburger Wohlfahrtsamt. Da werden Witze gerissen und Beamtinnen gefrabbelt. Da erzählt eine Schulschwester von

ihrem Erlebnis mit einem Herrn auf einem Kindertransport, von den Hofen, die sie angezogen, und anderes mehr.“ Dann kommt der Oberstaatsanwalt auf die Kneiperei im Brandenburger Ratskeller, an der Beamte und Beamtinnen des Wohlfahrtsamtes teilgenommen haben und wo eine Dame, und zwar die Schulschwester Florian, 10 bis 12 Liter trank. Er geht auch auf die Waldpromenaden des Angeklagten mit der Schulschwester ein. Aber alles das gibt dem Angeklagten noch nicht die Berechtigung, die Schulschwester so zu beleidigen, wie er es am 17. September 1929 im Schwesternzimmer durch seine unsittlichen Anträge getan hat. Zahlreiche Schuldbeweise sprechen noch Ansicht des Anklagevertreters für den Angeklagten, so daß er bestraft werden müsse. Der Angeklagte habe sich als hoher Beamter an einer Angestellten vergangen. Der Staatsanwalt beantragt wie der Vorherrichter wegen tätlicher Beleidigung einen Monat Gefängnis. Seine Berufung, die auf verjüngte Haftzeit hinausging, ließ der Anklagevertreter fallen.

In den späten Abendstunden kam das Gericht zu folgendem Bescheid: Die Potsdamer Strafkammer verwirft die Berufung des Stadtamtmannes Schwarz aus Brandenburg, der vom Brandenburger Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung der Schulschwester Frau Hedwig Florian zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Dem Angeklagten ist jedoch Strafaussetzung auf die Dauer von drei Jahren zugestimmt mit der Auflage, daß er an die Gerichtskasse 300 Mark zahle. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht die volle Ueberzeugung erlangt habe, daß Frau Florian die Wahrheit gesagt hat. Sie ist weder sexuell ausschweifend noch neigt sie zur Hysterie. Dem An-

geklagten bezogen hat das Gericht nicht vollen Glauben schenken können, da er sich in vielen Punkten widersprochen und oft nicht die Wahrheit gesagt hat.

Flugunglück in England.

Das fünfte im neuen Jahr. — 3 Offiziere getötet.

London, 19. Januar.

Schon wieder wurde die englische Militärfliegerlei von einem schweren Unglück betroffen.

Am Montag nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Borthn Down bei Winchester während des Landungsmanövers ein großes Bombenflugzeug ab. Der Apparat wurde vollkommen zerrümmert. Dabei fanden drei Offiziere die zur Besatzung des Flugzeuges gehörten, den Tod, während acht weitere Personen zum Teil schwer verletzt wurden. — Seit Beginn des neuen Jahres ist dies bereits der fünfte schwere Unglücksfall in der englischen Militärfliegerlei. Die Zahl der seit dem 1. Januar tödlich verunglückten Militärflieger ist damit auf zehn angewachsen.

Der Ueberfall in der Hufelandstraße.

Voruntersuchung gegen 11 Personen ist eingeleitet worden.

Wegen Verdachts der Teilnahme an jenem schweren Zusammenstoß vor dem Hause Hufelandstr. 31, bei dem der Reichsbannerkamerad Willi Schneider und unser Parteimitglied Herbert Graj ermordet wurden, wurde soeben auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen den Privatförster Kurt Bressel und zehn Genossen eröffnet. Bressel wird außerdem die Abgabe eines Schusses, durch den aber niemand verletzt ist, vorgeworfen. Er befindet sich zur Zeit in Untersuchungshaft. Der Angeklagte Becker steht in dem Verdacht, den tödlichen Schuß auf Schneider mit Ueberlegung abgegeben zu haben. Er ist flüchtig und gegen ihn ist Haftbefehl und Steckbrief erlassen, ebenso gegen die flüchtigen Angeklagten, Maler Hausjake und Maurerlehrling Kollack.

Von der Straßenbahn überfahren.

Schwerer Unfall eines Landgerichtsdirektors.

Am Montagabend ist der 67jährige Landgerichtsdirektor August Wegel aus der Gieselerstr. 15 in Wilmersdorf das Opfer eines schweren Straßenunfalles geworden.

Der alte Herr wollte an der Ecke der Gieselerstraße und Hohenzollernstraße die Straßenbahnsteife überschreiten. Er überfuhr dabei einen herankommenden Wagen der Linie 92 und wurde überfahren. Wegel erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte, der im Wilmersdorfer Krankenhaus in der Kichenbäckstraße Aufnahme fand, liegt bedenklich darnieder.

Anfall eines Reichsbanner-Autos.

20 Teilnehmer stürzen ab. — 4 Schwer- und 8 Leichtverletzte.

Harburg-Wilhelmsburg, 19. Januar.

Als am Sonntag etwa 35 Reichsbannerleute in einem Lastzuge von Hamburg nach Harburg unterwegs waren, um dort an einer Kundgebung teilzunehmen, löste sich plötzlich die Seitenwand des Vorderwagens; über 20 Insassen stürzten aus dem fahrenden Wagen auf die Straße. 12 mußten mit Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden, von denen acht inzwischen wieder entlassen werden konnten.

W. Seemann
U. Währle
Unternehmer

Was finge der Arbeiter ohne Unternehmer an? Streikieren würde er, elend vor die Hunde gehen. Tausend Beispiele beweisen das. Also gibt es nur eines, um das Wirtschaftsleben in Schwung zu halten: die Kraft des Unternehmertums zu stärken. Dann hat der Arbeiter Brot und die sozialen Nöte verschwinden.

An dieser seiner neuen Ueberzeugung, die den Unternehmer sozusagen als Werkzeug der Vorsehung stabilisierte, konnte niemand rütteln. Selbst sein alter Vater nicht, der ihm von seinem sozialistischen Standpunkt aus klar zu machen versuchte, daß das Risikoerhältnis zwischen Kapital und Arbeit auf ganz andere Art zu beseitigen und wegzuräumen sei.

Ludwig blieb hartnäckig. Die sonntäglichen Diskussionen mit seinem alten Herrn steigerten sich oft zu solcher Lautstärke, daß die Parzellennachbarn aufhorchten und sagten:

„Die Eisermannschen haben wieder mal ihren politischen Lautsprecher aufgestellt!“

Ludwig versuchte, die theoretischen Ausführungen seines Vaters mit Beispielen aus seiner Praxis als Großunternehmer zu schlagen.

Zu einem gemeinsamen Endergebnis kamen die beiden Streitkämpfe nie; aber die Diskussionen befruchteten beide.

Wenn dann Ludwig an den Sommerabendabenden von den Eltern Abschied nahm, freute er sich, mit seinem Vater ordentlich zusammengeraten zu sein. So ein Schuß Streitsucht tat gut, das frische sein etwas träge gewordenen Blut auf.

Dhne es zu wollen, nahm er doch manches von den Ansichten seines alten Herrn an.

Seine Verhandlungen mit dem Betriebsrat zum Beispiel hatten längst die frühere Schärfe verloren. Je besser es ihm materiell ging, desto mehr hängte er als Unternehmer die menschliche Seite heraus. Wenn es nicht zu seinem Schaden ausging, war er auch gefühlsmäßigen Erwägungen zugänglich, nicht nur rechnerischen.

Er hielt darauf, daß die Löhne, die er seinen Leuten zahlte, stets über die tariflichen Bestimmungen hinausgingen.

Das tat er mit Bedacht. Nichts aus Sentimentalität, sondern aus der richtigen Erkenntnis seines geschäftlichen Nutzens. Dadurch hielt er seine Arbeiter bei der Stange; sie waren ihm durchwegs geneigt und willig, trotzdem er durch sein System ein Höchstmaß von Leistung von ihnen forderte und auch herausholte.

Die ursprünglichen Spannungen im Betrieb, durch die Einführung des Teilsystems hervorgerufen, hatten sich längst gelöst.

Er sah keine Probleme mehr.

Zufrieden mit sich und der Welt, wie sie war, verdichteten sich seine Anschauungen über sich selbst im besonderen und über das Unternehmertum im allgemeinen dahin, daß die Not aus der Welt geschafft werden könnte, wenn alle Unternehmer so menschlich dächten wie er.

Ja, wenn . . . !

Es sollte ein utopischer Traum sein, aus dem er bald aufgeschüttelt wurde.

Die Firma Ludwig Eisermann, Möbelfabrik, erhielt trotz aller Prosperität, einen gehörigen Knacks.

Himmelsbach hielt wieder einmal, ohne jede vorherige Ankündigung, mit einem plötzlichen Ruck, alle Aufträge zurück.

Diesmal war es dem Großhändler wirklich nicht um einen Preisdruck zu tun. Der Grund lag tiefer. Der alte, elegante Herr konnte tatsächlich keine Ware mehr anbringen, trotz seiner glänzenden geschäftlichen Verbindungen und trotzdem er in seinen Preisen unerhört billig war.

Absatzstörung bösester Art, trotzdem die Geldscheine nur so flogen und man schon nach Millionen rechnete.

Ludwig geriet in die alte Rut.

„Lohnt mir der Schurke so das blinde Vertrauen, das ich in ihn setzte?! Meine Leute wollen doch arbeiten! Nun, ich will dem alten Geden ordentlich den Kopf waschen!“

Er warf sich in seinen Wagen und fuhr in rasendem Tempo zur Prinzenstraße, wo ihn die beiden gelben Bekleinerhändchen entgegennahm bereits an der Kontortüre erwarteten.

Ludwig versuchte gar nicht erst in der ihm widerlich gewordenen zerrütteten Faltenmaske des andern zu lesen, sondern überschüttete ihn vom ersten Augenblick seines Eintretens an mit einer Flut von Vorwürfen, die nicht besonders gewählt klangen.

Zu seiner weltmännischen Erscheinung wollten die Vorstadtausdrücke, die er in verschwenderischer Fülle hinwarf, gar nicht recht passen.

Himmelsbach kam dieses Witzegeplack Ludwigs possierlich vor. Er genoh es, wie einen Auftritt im Theater.

Amüsiert lehnte er sich in seinen breiten Klubsessel zurück, tauchte mit beiden ringgeschmückten Rumienhänden das glänzende Leder und lachte dem zornigen Besucher geradwegs ins Gesicht:

„Wenn Sie mit ihrem Wortschwall fertig sind, Eisermann, können Sie mir ja ne Depeche schicken!“

Dieser unverhüllte Ignismus stoppte tatsächlich Ludwigs Rede. Er schwieg, schritt aber erregt von einer Ecke des Privatkontors zur andern. Nun legte Himmelsbach los.

„Aus ist es, mein lieber Freund, vollkommen aus. Mein Export nach dem Westen ist völlig lahmgelegt. Das Ausland hat sich völlig an unserer Ware satigesaugt. Kein Interesse mehr daran. Eine sture Gesellschaft, diese Holländer. Wenn sie's nicht zur Hälfte geschenkt bekommen, diese Rijnheers, kaufen sie lieber im eigenen Land. Ich habe es satt, Möbel zu verhandeln, Eisermann! Das Geschäft ist auf mindestens Jahre hinaus verfaul. Mögen sich andere damit plagen! Jüngere, Kouragiertere! Ich werde mich zur Ruhe setzen, Eisermann!“

Ludwig unterbrach einen Moment seine Wanderung und schaute Himmelsbach überrascht in die Augen.

„Ihr Ernst, Himmelsbach?“

Die Hände des Möbelhändlers waren völlig zur Ruhe gekommen und lagen da wie opalisierendes Wachs.

„Mein völliher Ernst, Eisermann!“

„Und Ihr Geschäft hier?“

„Das wird mein Neffe übernehmen!“

„Dann werde ich eben mit Ihrem Herrn Neffen Geschäftsbeziehungen anknüpfen müssen!“ sagte Ludwig trocken.

„Damit werden Sie kein Glück haben, Eisermann! Der hat bereits seine eigenen Lieferanten!“

Himmelsbach grinste schadenfroh. Wieder setzten sich seine Hände in Bewegung, freudig erregt darüber, den schärfsten Pfeil aus seinem Köcher abgeschossen zu haben.

Ludwig schlen es, als ob ihm der Boden unter den Füßen hinweg glitte. Aber nur für eine Sekunde. Dann hatte er sich wieder vollkommen in der Gewalt.

Instinktiv begriff er Himmelsbachs Rache. Dieser tödlich vermundende Satz war die Quittung für den Hinauswurf damals in der Gärtelstraße vor . . . wie lange war es doch her? weiß der Teufel, vor fünfundsiebzig Jahren. (Fort. folgt.)

Autofagen 10 Pfennig billiger.

Polizeikontrolle über Versicherungspflicht der Unternehmer

Der Polizeipräsident hat durch Bekanntmachung vom 19. Januar d. J. den Sonderzuschlag zum Kraftfahrzeugtarif von 20 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt. Die Bekanntmachung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den benannten Polizeibezirk am 24. d. M. in Kraft.

Die Tarifierung wird damit begründet, daß die Benzin- und Gummipreise nicht unerheblich gefallen sind. Den Sonderzuschlag ganz fallen zu lassen, erschien bei der miffligen Lage im Kraftfahrzeuggewerbe nicht anzügig, zumal in dem Zuschlag ein Teil der bei Einführung des Einheitstarifs weggefallenen Vorfahrtgebühren liegt. Bei Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird zu prüfen sein, ob der Sonderzuschlag ganz aufgehoben werden kann, bzw. ob eine weitere Tarifierung durch Verringerung der Taren- und Grundgebühren vorzuziehen ist.

In diesem Zusammenhange hat der Polizeipräsident, um zu verhindern, daß immer noch neue mit unzulänglichen Mitteln begonnene und unwirtschaftlich geführte Betriebe entstehen, angeordnet, daß die Konzessionsperre in Zukunft ohne jede Ausnahme durchgeführt wird. Er hat sich aber ferner auch zu einer genauen Nachprüfung der Droschkenunternehmungen veranlaßt gesehen, deren Zuverlässigkeit nicht zweifelsfrei erscheint und die insbesondere ihrer Versicherungspflicht gegenüber den Fahrgästen nicht nachkommen, sowie ihrer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung nicht genügen.

Lokomotivführer betrunken.

Zum Eisenbahnunglück bei Odgingen in Polen.

Danzig, 19. Januar.

Wie aus Odgingen eingetroffene Reisende und Augenzeugen berichten, bietet die Unfallstelle, auf der sich Montag früh die Eisenbahnkatastrophe ereignete, ein Bild grauenhafter Verwüstung.

Wie man mehr mit Sicherheit feststellt, ist der rangierende Güterzug 127 in den von Neuschadt nach Odgingen fahrenden Personenzug hineingefahren, als der Personenzug in den Bahnhof von Odgingen einfahren wollte. Den Lokomotivführer des Güterzuges, Stanislaw Zielinski, der überdies betrunken war, trifft die volle Schuld an der Katastrophe, da er ohne Erlaubnis auf dem betreffenden Gleis rangierte. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß ihm die Ueberlicht durch ein dort befindliches Wärterhaus verdeckt war, so daß er den eingelaufenen Personenzug nicht habe sehen können.

Im Bereich der deutschen Reichsbahn besteht ein strenges Verbot, unmittelbar vor dem Dienst und während desselben Alkoholika zu genießen. Dasselbe Verbot besteht auch für die Angestellten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft.

Ein Baumeister tobt in Moabit.

Bier Zeitungen wegen übler Nachrede von ihm verklagt.

„Baumeister“ Dietrich, bekannt durch das phantastische Märchen von seiner Entführung und durch den Neherfall am Schlessischen Bahnhof, der ihm die Brieftasche kostete — der „Räuber“ Chodorowski wurde feinerzeit zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt —, ist ein äußerst ruhmbegehrender Mann. Nicht genug, daß er nach jenem Ueberfall seinen guten Namen durch alle Gassen schleppen ließ — nachdem er ihn schon vorher in den Anseipen am Schlessischen Bahnhof riskiert hatte —, riskierte er es jetzt, vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte auch noch den Rest zu verspielen. Er hatte nicht weniger als vier Berliner auf Sensationen eingestellte Blätter wegen übler Nachrede verklagt. Die Zeitungen, so sagt er, haben Schauermärchen von ihm erzählt, um den Gaumen der sensationslüsternen Menge zu kitzeln, haben zu Unrecht von seinem Bildwettbewerb phantastisch und seiner dunklen Erfindung gesprochen, ihn „Baumeister“ in Gänsefüßen genannt, ihn des Mordes bezichtigt, durch die Verleumdung seinen Kredit erschüttert und seine Gesundheit geschädigt. Also verlange er nicht nur Bestrafung, sondern auch von zwei Blättern eine Geldbuße von je 1000 M. und von den zwei anderen eine solche von je 600 M.

Auf der Anklagebank saßen die verantwortlichen Redakteure der klagenden Blätter: Dr. Hirsch, Dr. Manfred Georg, Caro und Duschinsky. Vor ihnen die Verteidiger, vier an der Zahl. Ihnen gegenüber als Nebenkläger der Baumeister Dietrich. Neben ihm sein Vertreter. Es wurde eine lustige Verhandlung. Schlechte Gesellschaft verdient gute Sitten. Also schimpfte der Baumeister wie ein Kohrspann. Als einer der Verteidiger eine Unteruchung seines Gesundheitszustandes beantragte, rief er ihm zu: „In welcher Irrenanstalt haben wir zusammen gelesen, unerschämter Anwalt? Wir müssen uns in Deutschland von diesem Zeitungsgesindel viel gefallen lassen. Man sollte den Revolver nehmen und auf die Bande schießen.“ Mit der Beweisaufnahme hatte er wenig Glück. Man erfuhr aber manches Anekdote über den Wettkampf von Herrn Dietrich. Die Berichterstatler des einen Blattes erhielten von Frau Dietrich eine Wut: Herr Dietrich sei nicht zu Hause. So ließen sie vor dem Haus ein Auto halten, setzten sich hinein und warteten, daß er vielleicht doch noch kommen würde, plötzlich sahen sie den Berichtserstatler eines anderen Blattes mit großer Geschwindigkeit die Barriere zu Dietrichs Wohnung nehmen. Er war ihnen also eine Kopfeslänge voraus. „Kollege, das ist die Konkurrenz“, rief einer der Herren dem anderen zu. „Schnell hinterher.“ Der von der Konkurrenz war aber bereits oben. „Unten sind zwei Schüssler“, sagte er zu Herrn Dietrich. „Lassen Sie diese nicht herein.“ (Der Zeuge behauptete gestern, er habe das nicht gesagt, das sei eine der Dietrichschen Lügen, Dietrich warf dagegen dem Zeugen Lügen vor.) Also waren alle drei Herren oben. Sie rückten Dietrich auf den Leib und bekamen von ihm das zu hören, was sie hinterher in ihren Zeitungen veröffentlichten. Als der Baumeister das las, fühlte er sich aber beleidigt.

Für Dietrichs guten Namen war nichts zu retten. Die Explosion des Baumeisters vor Gericht nützte ihm nichts. Er fiel den Anwälten ins Wort, beleidigte sie und schrieb schließlich den Richtern an: „Das ist eben kein deutsches Gericht.“ Der „nicht-deutsche“ Richter sprach sämtliche Redakteure frei. Die Zeitungen haben in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Noch ein Protest gegen das Filmverbot.

Der „Friedensbund ehemaliger Kriegsteilnehmer“ erhebt einschiedenen Protest gegen das Verbot des Komarok-Films „Im Westen nichts Neues“. Er wendet sich dagegen, daß ahnungslosen Generationen die Kenntnisnahme der Schrecken und Grausamkeiten des schrecklichsten Verbrechens an der Menschheit: des Krieges, systematisch und vorsätzlich verschwiegen werden soll. Der „F.D.R.“ erklärt in diesem Verbot eine unerträgliche

Das Schnell-Schöffengericht.

Noch manches an ihm reformbedürftig.

Seit Anfang Januar arbeiten in Moabit Schnell-Schöffengerichte — dreimal in der Woche je eine Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Die Sachen, die zur Verhandlung kommen, unterscheiden sich vorläufig in der Regel durchaus nicht von den üblichen Schnellgerichtssachen, die seit Jahren vor dem Einzelrichter am Polizeipräsidentium zur Aburteilung gelangen. So z. B. die zwei Sachen, die gestern zur Verhandlung anstanden.

In dem einen Falle waren es vier junge Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren, zwei von ihnen unvorbestraft, einer wegen einer geringfügigen Unterzählung, ein anderer zweimal wegen Diebstahls vorbestraft. Der Fälscher von der Gesellschaft, der „Rage“, konnte nicht ausfindig gemacht werden. Gerade dieser Rage sollte es aber gewesen sein, der nach einer gemeinsamen Zecherei auf dem Nachhausewege wohl mit dem Rücken die Fensterscheibe eines Radiogeschäfts einbrach. Zwei von den Burschen nahmen aus der Auslage einen Radioparasit und einen Akkumulator. Dann machten sie alle aus dem Staube. Also wieder einmal mehr eine betrunkene Angelegenheit als eine Diebstahlsache. Zwei von den Burschen wurden freigesprochen; einer der Mitvorbestraften erhielt vier Monate Gefängnis und wurde aus der Haft entlassen, der zweimal vorbestrafte Zwanzigjährige erhielt neun Monate Gefängnis und blieb in Haft. Im zweiten Fall waren es drei vielfach vorbestrafte Einbrecher, die einen Einbruchsbotezug in ein Zigarettenengros-geschäft demerckstellig und für etwa 5000 Mark Ware davongetragen hatten. Hier lautete das Urteil gegen zwei der Einbrecher auf je zwei Jahre Gefängnis, für den dritten ein Jahr Gefängnis. Im Anschluß an diese beiden Prozesse wäre folgendes zu bemerken:

In beiden Fällen waren es Einbruchsdiebstahle, wie man sie sonst vor dem Schnellrichter am Polizeipräsidentium erlebte. Es bestand aber seit jeher die Tendenz, nach Möglichkeit Verbrechen vor das Schöffengericht zu bringen, und diese Absicht soll nun konsequenter durchgeführt werden. Das Schöffengericht befindet sich jedoch in so mancher Hinsicht im Vergleich zum Einzelrichtergesicht im Nachteil. So hält es nur dreimal in der Woche Sitzungen ab:

dadurch wird die Postzeit der Beschuldigten verlängert und die Vorführung vor den Richter dem Gesetze zuwider hinausgezögert.

Bis zur Abaräumung des Termins vor dem Schnell-Schöffengericht vergehen nicht selten fünf Tage, während bei dem Einzelrichtergesicht zwei bis drei Tage die Norm ist. Der Staatsanwalt begibt sich gleichfalls nicht öfter als dreimal in der Woche, am Vorabend

des Verhandlungstages, ins Polizeipräsidentium, um dort auf Grund der Akten festzustellen, welche Sachen vor das Schnell-Schöffengericht zu bringen sind. Er verfügt die Vorladung der Zeugen, die Vorlegung des Strafregisters und setzt sich auch, sofern erforderlich, mit der Sozialen Gerichtshilfe in Verbindung. Die Verhafteten werden aus dem Polizeigefängnis nach Moabit übergeführt. Ist die Zeitpanne einerseits für den Staatsanwalt viel zu kurz, um die erforderlichen Recherchen vorzunehmen, so entfällt andererseits

für das Untersuchungsgefängnis eine überflüssige Mehrarbeit, da die Angeklagten nicht selten bereits am nächsten Tage ihre Freiheit wiedererlangen.

Im Gegensatz zum Schnellgericht unterliegen dem Schnell-Schöffengericht nur die Haftfachen aus dem Bereich des Landgerichts I, nicht jedoch auch die aus dem Bereich der Landgerichte II und III. Und während beim Schnellgericht die Einheitlichkeit der Schnellrechtssprechung mehr oder weniger durch das Vorhandensein nur zweier Richter gewährleistet ist, sind es vor dem Schnell-Schöffengericht drei Richter, die Recht sprechen.

Aus allen diesen Feststellungen ergeben sich für das Schnell-Schöffengericht bestimmte Forderungen.

Das Schnell-Schöffengericht sollte seine Sitzungen täglich abhalten, und zwar gleich dem Einzelrichter im Polizeipräsidentium selbst.

Dadurch wäre die Möglichkeit einer schnelleren Abaräumung der Termine gegeben. Es sollten zwei Richter sein, die abwechselnd drei Tage in der Woche Sitzungen abhalten. Dadurch würde auch eine Entlastung der beiden Einzelrichter herbeigeführt werden, die mit zwölf bis zwanzig Sachen, die sie mitunter im Laufe des Tages zu erledigen haben, viel mehr leisten als ein Richter, der nicht nur die Tat, sondern auch den Täter beurteilen soll, zugemutet werden kann. Die Verhandlungen im Gebäude des Polizeipräsidentiums würden auch eine engere Zusammenarbeit mit der Sozialen Gerichtshilfe, die Recherchen zu machen und Betretungen durchzuführen hat, erleichtern. Schließlich sollten sämtliche in Frage kommenden Haftfachen ohne Unterschied, zu welchem Landgerichtsbezirk sie auch gehören, dem Schnell-Schöffengericht unterliegen. Der im Augenblick herrschende Zustand, bei dem die Schnell-Schöffengerichtssachen gewissermaßen in den Nachmittagsstunden zur Verhandlung kommen, kann nicht gutgehen werden; die Richter können nicht an die Sachen mit der erforderlichen Frische herangehen.

Das Schnell-Schöffengericht ist zweifelsohne zu begrüßen. Den gerügten Mängeln wäre mit Leichtigkeit abgeholfen.

Jugend, Friede, Freiheit, Recht.

Die Jugendarbeitsgemeinschaft der Deutschen Liga für Menschenrechte veranstaltete im Plenarsaal des früheren Herrenhauses eine sehr gut besuchte öffentliche Kundgebung.

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß die Grundlagen jeder wahren Erneuerung der Jugend die Begriffe Frieden, Freiheit und Recht sein müßten, sprach Graf Arco zum Thema „Technik und Friede“. Es ist bedauerlich, daß allzu oft die Sprache der Wirklichkeit nachhinkt. Der Begriff Krieg hat seit dem Trojanischen Krieg bis zum Weltkrieg und noch mehr bis zu einem Kriege, der 1931 ausbrechen würde, so sehr seinen Inhalt gewechselt, daß er ein völlig anderer geworden ist. Er wurde aus einer mehr persönlichen eine rein majestätische Angelegenheit. Der Soldat bedient heute mit möglicher Vollkommenheit die Schöpfungen der Technik. Das sagen schon die Worte Panzer, Gas, Elektrifizierung, Aeronautik und Funk. Darüber hinaus ist der Krieg nicht mehr Sache der an der Front Stehenden, sondern alle Glieder der kriegführenden Völker wurden Kämpfende. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge allein macht den Kampf für den Frieden notwendig. — Oberstudienrat Genosse Kaminer erörterte in tiefdurchdachten Ausführungen den Zwiespalt der Jugend von heute. Er wies darauf hin, daß die völlige Jugend belogen würde, wenn man sie als Nachfolgerin der Ueberlieferungen der Freiheitskriege bezeichne. Die Bewegung von 1813 erzielte gegen den Willen der Herrschenden, gegen alle, die rückschrittliche Anschauungen verfolgten. Ihre Streiter Stein, Arndt, Schleiermacher und Gneisenau wurden von den Regierenden verfolgt; ihr Kampf ging für äußere und für innere Freiheit.

„Die Jugendbewegung von heute scheint manchmal eine äußere Erkrankung, will aber in Wahrheit nur die Abstoßung von Ungeheuren aus dem Gesamtkörper. Diese zu erkennen und danach zu handeln, ist die Aufgabe aller wahrhaftigen Jungen im Graustadium oder im jugendlichen Blondkopf.“ Kaminer schloß seine mit stürmischer Beifall aufgenommenen Rede mit einem stammenden Bekenntnis, Altes zu lösen und Neues zu schaffen. Als dritter Redner richtete Ernst Toller einen Appell an die Jugend, gegen schrittliche Bestrebungen für den Frieden und die soziale Umgestaltung zu kämpfen.

Zugzusammenstoß in Düsseldorf.

Im Hauptbahnhof von Düsseldorf fuhr am Sonntag abend gegen 10 Uhr eine Rangierabteilung, deren Personal die von zwei Rangierern gegebenen Haltsignale nicht beachtet hatte, beim Ansehen von Wagen auf den besetzten Personenzug 2368 Dortmund-Kaaden. Elf Reisende haben sich als verletzt gemeldet, eine Person wurde in Wietzen in das Krankenhaus gebracht.

In Sibirien zu kalt, um zu reisen.

Die jugendliche englische Fliegerin Amy Johnson ist auf dem Heimweg von ihrem nur bis Warkow durchgeführten „Be-ling-Flug“ am Montag nachmittags um 14.30 Uhr mit ihrem Flugzeug wieder in Berlin eingetroffen. Sie war bekanntlich bereits am Sonntag in Warkow abgeflogen, mußte aber in Polen eine Notlandung in der Nähe eines kleinen Ortes vornehmen, von wo sie dann gestern vormittags um 11 Uhr startete. Die Fliegerin will heute früh nach Köln weiterfliegen.

Bezirksamt Tiergarten, Mittwoch, den 21. d. M., 18 Uhr. in der Aula des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, Bodumer Straße 8, wichtige Bezirksversammlung.

Ein soziologischer Streifzug durch die Geschichte der Stadt Berlin. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen G. Engelbert Graf, Mittwoch, den 21. Januar, 20 Uhr, in der Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16. Partei- und Jugendgenossen sind eingeladen. Unkostenbeitrag 20 M.

böswillige Willkür, durch die der Nachkriegsgeneration die Wahrheit über das verabscheuungswürdige, verbrecherische Wesen des Krieges vorenthalten werden soll, — dagegen aber antipazifistische, antirepublikanische, byzantinische Tendenzen in Film und Radio begünstigt werden. Es wird Abstellung dieser unmwürdigen einseitigen Handhabung der Zensur verlangt.

Aufforderung zur Steuerverweigerung ist strafbar!

In verschiedenen Stadtteilen sind anlässlich der Einführung der Gemeindebeiträge- und Bürgersteuer kommunistische Flugzettel verteilt worden, die die Aufforderung enthalten, die Zahlung der Steuer zu verweigern.

Der Städtische Nachrichtendienst macht darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. September 1923 (RGBl. I S. 879) jeder, der dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht nicht zu genügen, sich strafbar macht. Die Verordnung sieht Gefängnisstrafen nicht unter einem Monat und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe vor. Gegen die Urheber der Aufforderung zum Steuerstreik ebenso wie gegen die Verteiler der Flugblätter wird strafrechtlich vorgegangen werden.

Funkwinkel.

Die interessanteste Veranstaltung des Sonntags „Musik zum Hörspiel“ fällt aus. Sonst bietet das Programm keine hervor- stehenden Höhepunkte. Franz Biet, der Sechzigjährige, liest „Erzählung seines Lebens“. Das Geburtstagskind bietet keinen ungetrübten Genuß. Die Sprache dieser Erzählung ist gequält. Sie lacht besondere Pointierungen, neuartige Wendungen und Bilder, jedenfalls Originalität um jeden Preis. Man weiß, alles geht einfacher zu formen, plastischer und eindringlicher. Es ist ein Jonglieren, eine Spielerei mit Worten. Die Geschlossenheit geht bereits ins Groteske. Biet offenbart hier ein unfruchtbares Aesthetentum, mit dem der Hörer nichts anfangen kann. Eva Liebenberg singt Lieder von Hugo Wolf. Dieser schöne, dunkle und gefällige Ton kommt in Radio zu guter Wirkung. Stark ist seine Ausdrucksfähigkeit. Das Lied wird immer als Lied behandelt, wenn auch die Sängerin die dramatischen Partien in ihrer Interpretation betont. Ein gutes Abendkonzert, das im zweiten Teil Duvertüren von Richard Wagner bringt. Diese Art orchesterlicher Darbietungen eignet sich für den Sonntag am besten.

Wenn am Montag Dr. Leo Schwering in seinem Vortrag „Fürst Bülow — August Bebel“ die beiden Redner und politischen Gegner kontrastiert, so tut er es auf Grund der im Reichstag vorliegenden Referate. Nur ganz kurz gibt er dazu charakterisierende Erläuterungen und bleibt dabei ein sachlicher Beurteiler. Bülow erscheint als der elegante spielerische Fechter, der keine Sache vertritt, sondern nur Freude am Fechten hat und mit weinigen Tiraden in die Arena tritt, während Bebel, ebenso geschickt und ebenso bereit zum Angriff und zur Verteidigung, das neue Ethos, die neue Weltanschauung des Proletariats zum Siege führen will. Auch bei ihm dieselbe geniale Geschicklichkeit in der Beherrschung der Rede, doch diese Virtuosität ist nicht Selbstzweck, sie dient einer Idee. Und so fühlt der Hörer allein aus der Gegenüberstellung, ohne daß Dr. Schwering darauf hinweist, die große Ueberlegenheit Bebels. — Abends die Aufführung der „Bismarcker“ nach dem gleichnamigen Dickenschen Roman, den Alfred Wolfenstein zum Hörspiel umgearbeitet hat. Zwischen Roman und Hörspiel stehen künstlerische Unterschiede, auf die hier oft hingewiesen worden ist. Wolfenstein mahnt die eiskalte Linie, er reißt einzelne Szenen auseinander, er gibt viel Milieu und arbeitet das Charakteristische heraus, die komischen Typen, er versucht die Unterschiede zu überbrücken und führt zwei Erzähler ein. Damit hilft er sich über die Schwächen des Szenenwechsels hinweg. Aber es gelingt ihm nicht immer, die einzelnen Situationen ins Auktische zu übertragen. Trotzdem bleibt das Ganze sehr unterhaltsam, und auch in dieser Bearbeitung spürt man den Geist Dickens. Gesprochen wurde sehr klar und scharf akzentuiert. F. Sch.

Die Fischer vom Eismeer

Ich führe einige blauliche, vom Ozean gut geschliffene Steine mit mir. Ich habe sie zum Andenken an die Erde mitgenommen, auf der ich — wahrscheinlich zum einzigen Male in meinem Leben — eine Stunde verbracht habe. Auf dem Torfboden dieser Ozeaninsel lagen runde, unter den Füßen trocken knirschende Steine in Haufen. Und auf diesem Torfboden wohnt in einem Duzend Häuser die Bevölkerung der Insel.

Vor Jahren war ein Robinsion — der erste Kolonist —, der Norweger Andriksen hierhergekommen. Er baute sich ein Häuschen am Meer und fischte. Ein kleines Grab mit einem eisernen Kreuz, unter dem sein Erstgeborener, der ein Jahr alte Kornelius Andriksen, schlief: das ist alles, was als Andenken von seinem schweren Leben hier geblieben ist. Aber auf seinen Spuren kamen andere Leute, bauten Häuser, hängten die Netze aus — und die Insel wurde eine russische Siedlung. Und auch von den neuen Leuten gibt es am Meer schon einige ernste Gräber — Haufen runder, vom Ozean geschliffener Steine.

Auf Stricken zwischen den Häusern hängen Ketten von Stöckfischköpfen, die zu Düng verwendet werden. Auf dieser unergiebigen Erde bekommen auch Kühe sie zu fressen — weshalb die dünne, armjelige Milch auch Fisch stinkt. Nach Fisch und seinen faulenden Eingeweiden stinken alle Siedlungen der Murmanküste. Und auch die Menschen riechen nach Fisch. Tausende von Zentnern Stöckfisch, ohne den diese Menschen keinen Tag leben können, werden hier eingefalzen und auf Dampfer geladen.

In ihren Booten fahren die Fischer 10 bis 15 Meilen in den Ozean hinaus und verbringen zwei bis drei Tage beim Fang, aber manchmal treibt sie das Wetter wochenlang im Ozean herum, sie verlieren die Stellen, wo sie ihre Drei-Tagen-Netze ausgelegt haben — wenn dann das Wetter nachläßt, fahren sie wieder hinaus und finden ihre Netze immer, weil sie den Ozean besser kennen als ihr armseliges Festland. Im Sommer Butte, Seewolf, Kabeljau, im Herbst Heringe, die als eine dicke unterseelische Mauer in die Schären kommen — dann lohnen zwei Tage Erfolg einen ganzen Sommer gefährlicher, ununterbrochener Arbeit.

Erst Ende Mai geht das Treibeis fort; der Ozean ist noch unruhig, Frühlingstürme rasen über ihm. Während dieser Stürme werden die Robbenfänger auf den Eisschollen ins Meer hinausgetrieben — und Ende Mai werden die Jäger von den Fischern abgelöst. Ein, zwei Monate Stille über dem Ozean und dem Weißen Meer, ein, zwei Monate blutige Mitternachtssonne — und schon kommen Herbststürme, Zyklone, kurze Polaritage und endlose Nächte. Ende August muß der Sommerfang in Häfen eingefalzen sein, damit schwere Schiffe sie nach Murmansk und Archangelsk bringen. Ende August werden die Siedlungen leer, die Menschen kehren in die Städte zurück, und es bleiben nur die, die kein anderes Heim haben — die Kolonisten.

Hier, zwischen den Steinen, verbringen sie beim stürmischen Wintergebrüll des Ozeans die Polarnacht; schon im Januar gehen sie auf den Robbenfang aus. Der Südwind zertrümmert am Meer das Eis. Am Meer bewegt sich das Eis hin und zurück, und über dieses Krümels dringen die Jäger auf die Eissfelder. Im Januar bekommen die Robben Junge. Sie liegen in Stapeln stahlgrau mit ihren Keinen auf den Schollen. Sie sind ergeben, sanft und schüchtern. Sie liegen unbeweglich und blicken neugierig auf die Jäger. Sie lieben große Farben — den roten Anstrich der Schiffe und die Mannigfaltigkeit in der Eintönigkeit der Eismasse. Die Menschen. Der alte Bulle schlummert, hebt von Zeit zu Zeit den Kopf, blinzelt ringsum und schlummert wieder. Die Jäger ziehen ihre

Boote aufs Eis und schließen in die Luft. Der Bulle hebt den Kopf, hört das Schließen — aber alles ist ruhig, und er träumt weiter. Er wird als erster gestiftet. Er darf nicht verwundet werden, denn dann geht er ins Wasser und ihm nach stürzt die ganze Herde unter das Eis — und die Jagd ist verloren. Er muß sofort gestiftet werden. Dann ist alles einfach. Die Jäger gehen an die Weibchen heran und schließen sie direkt in den Kopf, schlagen mit den Hakenstangen den Kleinen den Schädel ein — aber die Tiere gehen nicht weg. Ergeben legen sie in Haufen und erwarten ihr Schicksal. Nur die Robbenmütter weinen. Große weiße Tränen rollen aus ihren sanften Augen. Sie haben die Gefahr noch nicht so begriffen, um zu flüchten, aber ein letztes Entsetzen ist in ihnen — und die Tränen rollen — wahrscheinlich die Tränen der Mütter um ihre Jungen.

In Februar, wenn die Haufen sich in Herden sammeln, treiben die Jäger sie mit Stricknetzen ans Meer und schütten vom Meer aus mit Schaufeln Sand in die offenen Mäuler der Tiere.

Die Erde der Fischer ist das Wasser. Nur auf dem Wasser sind sie zu Hause, und von den ersten Tagen an gewöhnen sie ihre Kinder ans Wasser. Mit sechs Jahren beginnt der Fischerjunge zu verdienen. Von sechs bis neun Jahren hat er die Netze und Haken in Ordnung zu halten — und bekommt Fische für seine Arbeit. In Reihen sitzen die Kinder, durchsuchen mit ihren Kinderhändchen die Netze und fangen ein trauriges Kinderlieb, das dieses gefährliche und schwere Leben geboren hat. Sie singen von Geschlecht zu Geschlecht das gleiche Lied von Fischern, die hinausgegangen und nicht zurückgekehrt sind. Mit zwölf Jahren wird der Reijunge zum Ruderjunge, der sechs Jahre die Räder besorgt. Mit achtzehn wird er Ruderer, erkrankt an den Riemen und wird mit zwelundzwanzig „Zieher“, das heißt Reijzieher. Darüber gibt es nur noch eine Stufe: Steuermann. Der Steuermann ist der Kapitän. Er hat seinen eigenen Segler, wirft seine Netze aus. Hundertmal hat ein solcher Eismeerkapitän den Ozean überquert, war in ausländischen Gewässern, spricht englisch, norwegisch, holländisch, kennt große Häfen und wäre wohl imstande, Kapitän eines großen Dampfers zu sein — bleibt aber bis zum letzten Sturm seines Lebens in dem gleichen zerbrechlichen Boot. Mit denselben Segelboot jagt er die Robben und den Haifisch, der zu groß ist für sein Fahrzeug, und dem sie die Leber ausnehmen und die Eingeweide aufblasen, um ihn dann ins Schlepptau zu nehmen. Mit demselben Boot fahren sie nach Nowaja Semlja, wo sie die Walrosse jagen. Ein verwundenes Walross ist nicht wie eine Robbe. Es stürzt sich auf das Boot, packt mit den Hauern den Rand und wirft es wie eine Kugelhale um. Des Fischers Glück ist's, wenn seine Kugel richtig trifft.

Im August, wenn die Dampfer kommen, werden sie von Duzenden von Booten aller Art umgeben. In Jaden aus Robbenfell und Südwestern kommen die Seeleute auf Deck, stehen breitbeinig da und riechen scharf nach Schnaps. Ohne Schnaps kann der Fischer im Eismeer nicht leben. Mit Schnaps fängt er sein schweres, gefährliches Leben rosig, in Schnaps erkaufte er die Herbststürme und die Polarnächte. Er tauscht dafür viele Zentner Fisch ein, für Schnaps gegen die Samojeden Pelze und Rentiere hin, und ein Jäger liefert auch das einzigartige Exemplar, die seltenste Beute, einen herrlichen, lebendigen Schwarzjuchsrücken, für Schnaps ab. Betrunkene Fischer schwanken dann auf dem festen Deck des Schiffes, aber sie sind außerordentlich fest und sicher in ihren schwankenden Booten, wenn sie sie, vollgeladene mit Fässern, ans Meer rudern. Da werden sie eins mit dem Boot, wie die Steppenreiter eins mit ihren Pferden sind. (Abstragen von W. Chertol.)

dessen ungeheure Steppe wurde im letzten Menschenalter durch die Vereinigten Staaten und Kanada übertröffen, seitdem sich deren alte Prärienromantik in die Dämme riesiger wogender Getreidefelder gewandelt hat. Budapest, Odessa, Chitago sind nacheinander die Hauptstädte des Getreidehandels geworden, und schon tauchen neue Ävidalen auf, und die nächste Generation wird das Bild wieder verschoben finden. Denn jetzt treten die riesigen Pampas von Argentinien und die Steppen von Sibirien mit ein in den Wettbewerb. Sind sie erst völlig kultiviert, wird das Getreide die alte, von Javel Romantik und Idealen umspannende „Palmenkultur“ endgültig in den Hintergrund gedrängt haben, dann wird auch das kulturelle Schwergewicht neue Verschiebungen erleiden.

Die Treppe

Wenn man von der 5. Etage über das Geländer der Treppe hinunter sah, so blickte man in eine Spirale, die in diesen Windungen sich in der Tiefe verlor. Es war eine phantastische Sache, dieses gähnendes Loch, Fremde, die diese Wirkung nicht kannten, fühlten ein eiskaltes Entsetzen im Rücken, das sich erst wieder löste, wenn man zu ebener Erde auf der Straße stand. Natürlich dachte niemand daran, sich von dieser Treppe hinabzustürzen. Doch die Mieter auf den verschiedenen Absätzen der Treppe und vor den Wohnungseingängen fühlten alle das Unheimliche, das sich in diesem Treppenhause verbarg. Ging eine Frau die Treppe hinauf, so hatte sie das Gefühl, als schließe einer ihr nach. Sie warf einen Blick über das Geländer und rannte, wenn sie von unten ein paar Beine auf den Stufen herauskommen sah, und war erst froh und beruhigt, wenn die Tür der Wohnung hinter ihr zuschlug.

Einmal arbeitete ein Handwerker auf dem Dach des Hauses. Sie hoben einen Teil des Glasdaches über der Treppe ab und zogen ihr Material in Elmern zwischen den Treppenwindungen an einer Linde hinauf. Es war ein lautes Schalten und Walten im Hause und die Mieter waren in diesen Tagen froh, daß eine Art künstlicher Jahrsfuß das Loch im Treppenraum füllte. Das war in den Tagen des Dezember, es war nachts kaltes Wetter und nachts hatte es meist geforen.

Das Glasdach auf dem Dach hatte das Unglück verursacht. Der Arbeiter, der die Eimer im Treppenhause hinaufzog, war ausgeglitten. Er fiel in den furchtbaren Schacht zwischen den Treppen hinab. Mit den Füßen voraus mußte er ausgerutscht sein, seine Finger waren zerschritten, die am Rand des Glasdaches einen Halt gesucht hatten. Kopf, Rücken und Arme waren mehrfach auf dem Geländer aufgeschlagen und die Gewalt des Sturzes hatte den schweren Körper von der einen Seite der Treppe auf die andere geworfen. Nirgends fand der Mann einen Halt und überall sah man Spuren des Falles. Der geschickte Schrei der anderen Arbeiter erschütterte das Haus. In allen Wohnungen öffneten sich die Türen und die Mieter erblickten das Grausige, das sie in bangen Ahnungen von jeher verfolgt hatte. Inmitten des Treppenschachtes auf dem unteren Bodestück hing über dem Geländer ein lebloses Körper, wie eine Puppe in allen Gliedern zerbrochen. Frauen bekamen Schreckkrämpfe und sanken ohnmächtig an den Gitterstäben der Treppe nieder. Aber kein Weinen und Wimmern vermochte den Toten zum Leben zurückzuführen. F. N.

Wie rechnet der Blitzrechner?

In Varietés und vor gelehrten Körperkassen treten immer wieder Rechengenie auf, die die erstaunlichsten Leistungen vollbringen. Wer man darf bei diesen „Blitzrechnern“ keine großen akrobatischen Kenntnisse oder besonderen Verstandeskräfte vermuten, sondern sie sind nur im Besitze eines außerordentlichen Zahlengedächtnisses und lösen die ihnen ausgegebenen Probleme durch „Versuch und Irrtum“. Der französische Astronom Abbé Th. Moreux, der sich mit der Psychologie dieser „Rechenmünder“ eingehend beschäftigt hat, erläutert die Besonderheit dieses herausragenden Zahlengedächtnisses an den beiden bekanntesten französischen Blitzrechnern Rondeux und Inaudi. „Es gibt Gedächtnisse, die für das Behalten gewisser Dinge besonders begabt sind“, schreibt er. „Die einen behalten Worte gut, andere Fertigkeiten, wieder andere Zahlen; sie haben in ihrem Gedächtnis „Multiplikationstafeln“ aufgespeichert, die in die Hunderttausende gehen. Rondeux z. B., ein Kinder der Touraine, löste schon mit 12 Jahren in der Schule von Tours die schwierigsten Rechenaufgaben, als ihn aber dann der Schulleiter besonders ausbilden wollte, fand er, daß das Kind nur sehr mittelmäßige Fähigkeiten besaß und daß seine Studien auf Rechengebäude nicht im geringsten Einfluß hatten. Ebenso war es mit Inaudi. Sie haben beide keine Kenntnisse der höheren Algebra, mit denen man diese Aufgaben verhältnismäßig leicht lösen kann, sondern sie vollbringen ihre Leistung dadurch, daß sie die Produkte sehr vieler Zahlen auswendig wissen, und daher blitzschnell eine Reihe von Proben machen und die Irrtümer ausschließen, bis sie das gewünschte Resultat haben. Diese Erklärung ist mir von Inaudi selbst gegeben worden. Ich hatte ihn eine überaus komplizierte Rechenaufgabe gestellt. Er sagte, er werde mir die Antwort in einer Minute geben, und tat es auch. Als ich ihn nach seiner Methode fragte, erklärte er, er habe einfach 60 Lösungen hintereinander versucht, je eine in einer Sekunde, und während dieser Proben hatte er den Fehler gefunden, der zwischen einer vermuteten Zahl und der, die er suchte, bestand. Dazu gehört eine außerordentliche Kenntnis von Multiplikationsergebnissen. Wie wir fast ohne Ueberlegung sagen: „4 mal 8 ist 32“, ebenso rasch sagt Inaudi, daß 435 mal 657 285 795 ist.“

Alle außerordentlichen Gedächtnisformen beschränken sich auf eine Klasse von Dingen. Die Rechner behalten nur Zahlen, andere nur Worte, noch andere nur Namen usw. In den meisten Fällen beruht das Gedächtnis hauptsächlich auf Gehörseindrücken, so bei Inaudi. Aber als ich noch Lehrer war, kannte ich eine beträchtliche Anzahl von Schülern, die mit einem vorzüglichen Gesichtsgedächtnis ausgestattet waren. Man kann nicht entscheiden, ob ein Gedächtnis auf der Grundlage von Gehörs- oder von Gesichtseindrücken vorzuziehen ist, aber es ist die Aufgabe jedes Erziehers, die Art des Gedächtnisses bei seinen Schülern herauszufinden und seine Ausbildung zu unterstützen. Diese Methode führt zu fast erstaunlichen Ergebnissen. Ich kannte einen jungen Mann von sehr mäßiger Intelligenz, der schwer auswendig lernte. Es gelang mir, ihn für Botanik zu interessieren; nach wenigen Jahren konnte er außerordentlich viele Pflanzen auswendig benennen, und nun entwickelte sich sein Gedächtnis ausgezeichnet. Nicht dadurch, daß man die Kinder auswendig lernen läßt, stärkt man ihr Gedächtnis, sondern dadurch, daß man sie für gewisse Dinge interessiert und die natürliche Fähigkeit ihres Erinnerungsvermögens anregt.“

Neue Weizenarten. In einem der ältesten Weizenländer der Welt, nämlich in Rußland, sind nach einem Bericht der „Umschau“ neue Weizenarten gefunden worden, darunter allein im Kaukasus sieben verschiedene Formen von weissen Weizen und drei von weissen Gerste. Besondere Bedeutung besitzt eine dieser Varietäten, die kurzhalbig ist, schwere Lehren hat, sehr schnell reif wird und auch auf kaltem Boden wächst. Die kaukasischen Bauern läden diesen Weizen im Frühjahr sofort an den Rändern der Ackerschneefelder.

Die wichtigsten drei Pflanzen

Von Dr. R. Francé

Ein ganz ergötzliches Experiment, das mit unfehlbarer Sicherheit jederzeit gelingt, ist, in einer Gesellschaft die Frage aufzuwerfen, welches wohl für den Menschen die wichtigste und unentbehrlichste Pflanze sei. Drei Viertel aller Antworten werden das Getreide erwähnen; solche, die in Uebersee waren und von der großen Bedeutung der „Kopra“ gehört haben, werden auf die Kokospalme raten, andere, denen die Oruel der Kautschukgewinnung im Kongofaast und neuesten in Südamerika noch frisch in der Erinnerung sind, und die aus dem Eifer, mit dem man nach Kautschuk jähndet, auf dessen großen Wert schließen, werden die Kautschukbäume nennen. Solche, die in fast ganz Asien die ungeheure Bedeutung des Reises als Volksnahrung gesehen haben und daran denken, daß die zwei größten Völkergruppen, nämlich die Menschen beider Indiens und die von China und Japan, ausschließlich Reisesser sind, werden für die Reisepflanze stimmen. Eine gar nicht so unebene Antwort nannte die Kartoffel, die bei uns in Europa, aber auch in allen Ländern der Erde mit gemäßigtem Klima geradezu zur Lebensbedingung der Bevölkerung geworden ist. Klug ist auch die Vermutung, daß angeichts des Brennholzes, Bauholzes und Zeitungspapierbedarfs auf der ganzen Erde die Holzarten, also die nugharen Bäume aller Arten für den Menschen den kostbarsten, weil völlig unerfäglichem Besitz aus dem Pflanzenreiche darstellen.

Und doch sagt keine dieser Antworten die volle Wahrheit. Es ist dem Bewußtsein des Gebildeten völlig verborgen, daß ein Pflanz den Anspruch nicht nur der wichtigsten Kulturpflanze, sondern des materiell wertvollsten Gewächses überhaupt machen kann. Eine ganz unsehnbare, ja so kleine Pflanze, daß sie einzeln dem unbewaffneten Auge gar nicht sichtbar ist — nämlich der Hefepilz.

Er ist es, dem man im Verein mit einigen Bakterien die Brotbereitung verdankt, insofern ist er Freund des Menschen und eine Kulturpflanze in jedem Sinne — er ist aber auch zugleich ein furchtbarer Feind unseres Geschlechts, dem er sich in der heimlichst form als „Sorgenbrecher“ und „Freudenbringer“ einschmeichelt. Der Hefepilz ist nämlich auch der alleinige Erzeuger von Alkohol. Und es ist ein Kulturdokument von traurigem Wert für das zwanzigste Jahrhundert, daß auf der ganzen Erde, neben dem täglichen Brot, das alkoholhaltige als das über die Sorge und das Unbehagen des Augenblicks hinwegtäuschende Getränk, sei es nun Wein, Bier, Schnaps, Reisbrandwein oder gegorener Agavenast oder sonst das Gärungsprodukt irgendeiner tropischen Frucht, dem Menschen als das „kostbarste“ Gut erscheint. Sonst hätten nicht Indianer und Südseeinsulaner, Sibirier und afrikanische Neger für Feuerwasser Vänderlein hergegeben, so groß wie ein europäischer Staat, sonst würde nicht die Jahresausgabe des deutschen Volkes für alkoholische Getränke über drei Milliarden, die der ganzen Kulturmenschenheit an 15 Milliarden Mark betragen! Das ist viel mehr, als für alle kulturellen Bedürfnisse zusammen genommen geopfert wird.

Wären die Menschen besser über die Dinge der Natur unterrichtet, als sie in ihrer Allgemeinheit sind, hätten sie auch, so wie sie eine Alkoholvergiftung scheuen, den Keinen jenseitigen Hefepilz künstlerisch „verherrlichen“, so wie sie schon längst den Palmstamm und die Pappyrusstaude idealisiert in der Säule, die Palastkolonne in der indischen Baukunst, die Fichte im gotischen Dom, den Buchenhochwald im Regengewölbe des Kirchenschiffes, wie sie die Rose und Arumbäume verewigten und die Akantusstaude im Säulentapital, und zahlreiche andere Pflanzen, was alles eigentlich noch nicht gebührend studiert und in seinen inneren Zusammenhängen aufgedeckt ist.

Dabei gebührt aber dem Hefepilz, so seltsam das auch klingen mag, doch die Bezeichnung einer Kulturpflanze; denn er ist heute kein wildes Gewächs, sondern durch jahrtausendelange Kultur nicht weniger veredelt, in Rassen gesondert, in seinen Eigenschaften hochentwickelt worden, wie Weizen und Roggen oder Wein und Zuderzrübe, diese „Kulturpflanzen an sich“, die durch zu viel Veredelung alle mehr oder minder schon an Widerstandskraft und robuster Lebensfähigkeit verloren haben, wie wenn sie Kinder eines uralten Adelsgeschlechts wären.

Man züchtet heute den Hefepilz in den Laboratorien in Reinkulturen; denn seine „Rassen“ haben sehr wohl merklliche und in Geld ausmünzbare Eigenschaften. Von der „Rasse“ hängt es ab, welchen Geschmack der Wein oder das Bier, das mit ihr vergoren wird, erhält.

Neben dieser Kulturpflanze treten an materieller — leider auch an „dichterischer“ Bedeutung alle anderen Kulturgewächse zurück. Am nächsten kamen ihr bis vor kurzem — und auch das ist wohl wieder eine Ueberhöhung für die meisten — nicht die Getreidearten, sondern die Kokospalme. Denn das Verbreitungsgebiet der Koka umfaßt heute die gesamten Tropen, soweit sie der Seewind erreicht; sie ist für die ganze Bevölkerung der heißen Südlsee die wichtigste Lebensbedingung, ebenso an den Ufern des Indischen Ozeans, sie ist von enormer Bedeutung für einen Teil von Afrika und Westindien. Und auch darüber hinaus ist ihr getrocknetes Nährgewebe, die Kopra, und das aus ihr gewonnene Speisefett für Europa und Nordamerika unentbehrlich geworden. Wenn der Araber von seinem unentbehrlichen Lebensgenossen, der Dattelpalme, im Sprichwort sagt, sie sei zu hundert Dingen nütze, so gilt dies mit dem gleichen Recht von der Kokospalme, die nicht einen einzigen Bestandteil hat, der nicht von dem Menschen verwendet werden könnte und auch verwendet wird.

Erst in dritter Reihe kommen für das Menschengeschlecht die Getreidearten, die freilich an die zweite Stelle vorrücken, wenn man ihnen Reis und Mais beigezählt und dann die Gruppe der Gräser mit der Kokospalme vergleicht.

Europa im alten Sinne ist längst nicht mehr die Kornkammer der Erde, so wie auch Ungarn seinen Ruhm als erstes Getreidekonnendes Land längst an Rußland hat abgeben müssen. Und auch

Dietrichs Lohnsubventionen.

Ein echter „Dietrich“ zwar, aber doch kein Schlüssel zur Krisenlösung.

Die Reichsregierung hat es bisher nicht verstanden, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und zur Wäderung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Sie hat zu dem Vorschlag des ADGB, die vorhandene Arbeit zu strecken — trotz der inzwischen mit freiwilligen Arbeitsstreckungen gemachten guten Erfahrungen —, nicht einmal Stellung genommen, nachdem die Unternehmerverbände ihre Ablehnung verkündet haben. Ein tatkräftiges Vorgehen der Regierung gegen die Kartellpreispolitik fehlt auch. Die einzige „Aktion“ des Kabinetts — die Preislenkung im Kleinhandel — hat bald nach ihrer Ankündigung ein klägliches Ende gefunden. Der allgemeinen Enttäuschung sucht jetzt der Reichsfinanzminister Dietrich mit der Ankündigung einer neuen Maßnahme zu begegnen, die bisher zwar nur in sensationellen Andeutungen der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, aber in ihren Grundzügen schon klar genug erkennbar ist, um ihre volkswirtschaftliche Wirkung zu beurteilen.

Dem Dietrichschen Plan der Lohnsubvention liegt die zweifelslos vernünftige Ansicht zugrunde, daß es besser ist, Arbeitslose zu beschäftigen als zu unterhalten. Da nun das niedrige Unterhaltsgeld allein zur Entlohnung nicht ausreicht, so soll es den Unternehmern, wenn sie zusätzlich Arbeitslose beschäftigen, als Beihilfe zu Lohnzahlungen gegeben werden. Durch die Beihilfe tritt eine wesentliche Senkung der Lohnkosten ein, die den Betrieben die Möglichkeit gibt, die Produktion und damit die Beschäftigung auszubehnen.

Auf den ersten Blick mutet der Vorschlag wie ein gelungenes wirtschaftspolitisches Kunststück an: die Beanspruchung der Reichsmittel durch die Arbeitslosigkeit bleibt die gleiche wie vorher, die bisher Erwerbslosen bekommen Arbeit und höheres Einkommen, die Erzeugung steigt, auch die Unternehmer kommen also auf ihre Kosten.

Leider verliert der Vorschlag bei näherer Betrachtung sehr viel von seinen Reizen.

Dietrichs Plan bedeutet zunächst eine glatte Subventionierung der Industrie auf Reichskosten, die wie jede andere Subvention an die Privatwirtschaft von der Arbeiterschaft nur bei strengster Kontrolle der Verwendung der Staatsgelder gebilligt werden kann. Eine solche Kontrolle, die von allen industriellen Nebeneinflüssen unabhängig ist, wäre bei der jetzigen Regierung kaum zu erwarten.

Weiter ist die Entschädigung der Frage, wie die Lohnbeihilfe gewährt werden soll, äußerst schwierig. Nach dem Zweck des Plans kann der Zuschuß nur für die Beschäftigung sonst arbeitslos gewesener oder arbeitslos werdender Arbeiter gegeben werden. Es erscheint aber fast unmöglich, das Vorliegen dieser Voraussetzung in jedem einzelnen Falle festzustellen. Das Verhalten mancher Großbetriebe in ähnlichen Fällen muß hier zur größten Vorsicht mahnen. Es ist bekannt, daß vor kurzem bei Vergabung von kommunalen Aufträgen mit der Verpflichtung der Ausführung der Arbeiten Erwerbslose zu beschäftigen, die beteiligten Firmen ihre Arbeiter für eine Woche entließen, um sie dann als „Erwerbslose“ wieder einzustellen. Man hat vorgeschlagen, diese

Möglichkeit der Hinterziehung

durch die Beschränkung der Lohnsubvention auf die Mehrbeschäftigten nach einem bestimmten Stichtag auszuschließen. Wird aber die heutige Beschäftigung, also die Arbeitslage am Tiefpunkt der Krise, zur Grundlage der Lohnsubvention gemacht, so bedeutet es, daß

auch eine kommende Konjunkturbelebung vom Staate finanziert werden würde, und zwar grundlos.

Das sind kaum überwindliche technische Schwierigkeiten, die der Ausführung des Planes entgegenstehen. Zu ihnen gesellen sich aber noch schwerwiegende grundsätzliche Bedenken.

Der Dietrichsche Vorschlag geht an einem Tatbestand vorbei, den die Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Debatten stets betont hat: an der Unmöglichkeit der

Ausweitung der Produktion ohne gleichzeitige Ausweitung des Konsums.

Selbst wenn alle technischen Hindernisse des Planes beseitigt werden sollten, und die Verbilligung der Lohnkosten die Industrie veranlassen würde, Arbeitslose in größerer Zahl einzustellen, so wäre die erste Folge nur eine starke Ausweitung der Erzeugung. Vermehrung der Erzeugung geht unter gewöhnlichen Umständen mit einer Vermehrung des Einkommens einher, indem ein großer Teil des neuen Erzeugungswerts als Lohn, Gehalt und Profit, d. h. als Kaufkraft neu verteilt wird. Nur dadurch, daß Einkommen und Erzeugung gleichzeitig und in relativ gleichem Maße steigen, wird der Absatz der neuen Waren möglich.

Befolgt man aber den Dietrichschen Plan, so steigt die Warenproduktion stärker als die Kaufkraft. Ein großer Teil des dabei bezahlten Lohnes, nämlich die staatliche Lohnbeihilfe, stellt keine Kaufkraftsteigerung dar, sondern ist nur die Auszahlung der früheren Unterstützung in neuer Form. Die Warennachfrage, die von den Unterstützungsgeldern ausging, wurde schon von der bisherigen Erzeugung befriedigt; die neue, durch die Zuschüsse angeregte Produktion muß daher in einer Höhe, die den Lohnsubventionen entspricht, überflüssig sein. Die Ausführung des Planes schließt den Zwang zur Ueberproduktion in sich und führt notwendigerweise statt zu einer Wäderung zu einer Verschärfung der heutigen Krise.

Von diesem grundsätzlichen Einwand wäre vielleicht nur die Anwendung der Lohnbeihilfe bei Industrien ausgenommen, deren Erzeugung nicht unmittelbar vom letzten Konsumenten gekauft wird, deren Bezahlung also nicht aus laufendem Einkommen, sondern mit Kapital erfolgt. Das sind die Produktionsmittelindustrien und das Baugewerbe. Bei der heute herrschenden Knappheit an Kapital, den hohen Zinssätzen und der Ueberkapazität der meisten Industriezweige ist eine wesentliche Steigerung des Absatzes von Produktionsmitteln durch die Lohnkostensteigerung nicht zu erwarten. Auch dem privaten Wohnungsbau ist damit wenig zu helfen; die große Zahl der leerstehenden zu teuren Wohnungen in privaten Wohnbauten verbietet bei dem jetzigen Zinsstand jedes weitere Bauen. Die öffentliche Bauwirtschaft wird durch die Beschränkung ihrer Mittel ohnehin an einer Ausdehnung verhindert.

Durch Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung in Beschäftigtenunterstützung ist also die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt zu schaffen. Schwere volkswirtschaftliche Kollagen lassen sich nicht mit einem einfachen Kunstgriff beheben. Wie alle Kunstgriffe beruht auch Dietrichs Einfall auf einer Täuschung. Steht sich die Reichsregierung statt der Inangriffnahme ernsthafter wirtschaftspolitischer Maßnahmen hinter den Plan ihres Finanzministers, so jagt es Illusionen nach; dieser „Dietrich“ ist kein Schlüssel zur Lösung der Krise. M—y.

Maschinenbau in Not.

25 Proz. der Belegschaft 1930 abgebaut. — 75 Proz. Kurzarbeiter.

Die Lage in der deutschen Maschinenindustrie hat sich nach dem jetzt veröffentlichten Dezemberbericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten in keiner Weise gebessert. Das Inlandsgeschäft verharrte bis zum Jahresende auf dem außerordentlichen Tiefstand der vorhergehenden Monate. Auch die Belebung des Exportgeschäftes im November war nur vorübergehender Natur und die Dezemberaufträge des Auslandes gingen wieder auf den niedrigen Stand des Oktober zurück.

Die schweren Verluste der deutschen Maschinenindustrie durch die Krise werden aus folgenden Zahlen ersichtlich: Die Aufträge des Inlandes gingen gegenüber 1929 um 37 Prozent zurück und lagen um volle 50 Prozent unter dem Stand des Konjunkturjahres 1927. Der Gesamtauftragsumfang im letzten Jahr hat allerdings nur mit einer Verringerung von 27 Prozent nicht ganz so starke Verluste aufzuweisen, da es gelang, den Auslandsabsatz verhältnismäßig auf der Höhe zu halten. Trotz der im Laufe des Jahres 1930 immer fühlbarer werdenden Weltwirtschaftskrise sanken die Auslandsaufträge für den deutschen Maschinenbau gegenüber 1929 nur um wenig mehr als 15 Prozent, was gegenüber den Exportverlusten anderer Maschinen ausführender Länder als recht günstig bezeichnet werden kann.

Die Belegschaften in der Maschinenindustrie sind von der Zuspitzung der Krise schwer betroffen worden. Der Beschäftigungsgrad, der sich 1929 auf durchschnittlich 68 Prozent gehalten hatte, sank im letzten Jahr ununterbrochen und erreichte zum Jahresende den außerordentlich niedrigen Stand von 42 Prozent. Dementsprechend hat sich auch die Arbeitszeit von einem Wochendurchschnitt von 48 1/2 Stunden im Vorjahr auf weniger als 42 Stunden im Dezember 1930 verringert. Obwohl vom Januar bis Dezember vorigen Jahres mehr als 25 Prozent der Gesamtbelegschaft abgebaut wurde, stehen zur Zeit mehr als 75 Prozent aller im Maschinenbau beschäftigten Arbeiter in Kurzarbeit. Diese nächtigen Zahlen sprechen für den Krisendruck, der auf den Metallarbeitern in Deutschland lastet, wahre Bände.

Wenn der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten zum Schluß darauf hinweist, wie dringend notwendig „eine energische beschleunigte und verstärkte Durchführung der von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Entlastung der Selbstkosten in der Wirtschaft und zur Behebung der Wirtschaftskrise“ ist, so vermisst man bei diesen allgemeinen Wendungen, wie schon so oft, eine klare Sprache der Maschinenbauer gegenüber der Monopolpolitik der deutschen Eisenindustrie. Auch die letzte Senkung der Eisenpreise hat eine große Spanne zwischen den Weltmarkt- und Inlandpreisen für Eisen bestehen lassen. Die Maschinenindustrie, die als mächtigste Ausfuhrindustrie Sachwalter der deutschen Exportinteressen ist, hätte hier allen Anlaß, das exportförmige Verhalten der Schwerindustrie vor aller Öffentlichkeit zu geißeln. So energisch die Unternehmer im Maschinenbau aber beim Wohnbau für eine Senkung der Selbstkosten eingetreten sind, so schwach und zaghaft sind sie, wenn es darum geht, gegen die Monopolherrschaft der Eisenindustrie Front zu machen.

Französische Linoleumpleite.

Die Beche bezahlen die deutschen Verbraucher.

Die Politik des europäischen Linoleumtrusts, die von der deutschen Konzerngruppe „Deutsche Linoleumwerke L. G.“ als härtestem Mitglied bestimmt wird, hat besonders im letzten Jahr schärfste Kritik in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Trotz starker Preisrückgänge auf den Rohstoffmärkten, trotz enormer Mehrleistungen der Belegschaften um 100 bis 130 Proz. und anderer großer Rationalisierungsgewinne werden die Linoleumpreise auf einer Höhe gehalten, die durch nichts zu rechtfertigen ist.

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß die Ursachen hierfür in der wahllosen Aufkaufspolitik des Linoleumtrusts liegen, der zum Ausbau eines lückenlosen Preismonopols auf dem europäischen Festland Fabriken in Holland, Frankreich und der Schweiz aufkaufte, die fabriktionsmäßig schlecht und durchaus sanierungsbedürftig waren. Diese verschlechte und leistungsfähige Aufkaufpolitik hat Millionen und aber Millionen verschlungen, während auf der anderen Seite gute und rentable deutsche Werke stillgelegt wurden.

Nach einer französischen Meldung wird jetzt das in Frankreich aufgekaufte Werk die „Sarline“ bei Reims eine Sanierung durchzuführen, wobei das Kapital um 50 Prozent herabgesetzt werden soll. Bei dieser Gelegenheit werden wahrscheinlich einige weitere Millionen verloren sein, denn die früheren Besitzer haben sich das Werk teuer bezahlt lassen. Bei einer derartigen Verschwendungswirtschaft ist natürlich eine Preislenkung in Deutschland „wirtschaftlich nicht tragbar“, denn die bei der verheerenden Auslandszerstörung verbutterten Millionen müssen von den deutschen Konsumenten in Gestalt überverteuerter Preise wieder herausgeholt werden. Ebenso müssen deutsche Linoleumarbeiter stempeln gehen, damit schlechte Fabriken im Ausland mit hohen Kosten in Gang gehalten werden. Dieser trasse Einzelfall illustriert deutlich, wie die internationale Trust- und Monopolpolitik sich krisenverschärfend auf dem Arbeitsmarkt und ausbeuterisch für die Konsumenten auswirkt.

Russische Goldverkäufe an die Reichsbank.

Die Russische Staatsbank hat Ende voriger Woche einen Betrag von etwa 20 Millionen Mark an Gold der Deutschen Reichsbank verkauft. Ein weiterer Posten in etwa der gleichen Höhe steht voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche gleichfalls zum Verkauf. Diese Goldverkäufe sind zur Beschaffung von Devisen durchgeführt worden, die Russland zur Bezahlung seiner Einfuhren notwendig hat. Die Reichsbank wird nur einen Teil des verkauften Goldes in Reichsmark bezahlen, während der Rest in Devisen beglichen wird.

Herabsetzung der Benzpreise. Die neue Senkung der Benzpreise ist jetzt im ganzen Reich durchgeführt worden. Die Ermäßigung gegenüber den bisherigen Zapfstellpreisen ist fast durchweg einheitlich 2 Pf. je Liter. Der Berliner Zapfstellpreis stellt sich auf der neuen Basis für Benzol auf 28 Pf., für Benzol auf 39 Pf. und für Benzol-Benzol-Gemisch auf 32 Pf. Bei Verwendung für gewerbliche Zwecke wird auf diesen neuen Preisen noch ein Sonderabatt von je 2 Pf. gewährt.

Der Inventur-Ausverkauf.

Eine Notmaßnahme, kein rentables Geschäft.

Ueber die Bedeutung des Inventur-Ausverkaufs macht die Forschungsstelle für den Handel, Berlin, in ihren Mitteilungen vom 15. Januar interessante Angaben, nach deutschen und amerikanischen Unterlagen. Danach muß es als sehr zweifelhaft bezeichnet werden, ob der Inventur-Ausverkauf, als Einzelgeschäft für sich betrachtet, einen Gewinn bringt. Seine Bedeutung liegt in den Vorteilen, die er dem Gesamtbetrieb für seine Lagerpolitik bringt.

Der Inventurausverkauf bezweckt und ermöglicht eine möglichst starke Räumung des Lagers von schwer verkäuflichen und überalterten Beständen. Es sollen dadurch verschuldete und unerschuldete Fehler wieder gut gemacht werden. Solche Fehler sind: Beschädigungen des Handlars infolge falscher Restauration oder ungünstiger Einfäufe — infolge Schwankungen der Bitterung und der Mode. In deutschen Spezialgeschäften entfielen im Januar 1930 vom gesamten Lagerbestand auf Waren, die älter als ein Jahr waren, bei Glas und Porzellan 15 Proz., bei Textilwäuschwaren 14 Proz., in Textilwäuschhäusern 10 Proz. und bei Schuhen 9,6 Proz. In amerikanischen Waren- und Kaufhäusern waren die Verhältnisse noch ungünstiger, und zwar schon im Jahre der Hochkonjunktur 1928. So waren z. B. bei Wollwaren 46 Proz., bei Herrenkleidung 33 Proz., bei Sportartikeln 34 Proz. des ganzen Lagers mehr als ein Jahr alt.

Diese überalterten Bestände loszumerden, muß man zu Preisherabsetzungen schreiten, die in einzelnen Abteilungen überaus hoch sind. Am härtesten sind sie dort, wo das Modorisiko am größten ist, selbst wenn die Waren auch noch nicht so alt sind. Diesen Preisopfern steht aber die Tatsache gegenüber, daß die Kosten im ganzen Monat Januar niedriger als die Kosten des Monatsdurchschnitts liegen; die Ausgaben für Gehälter betragen noch nicht 95 Proz. des Monatsdurchschnitts, und die für Zeitungserkläre auch nur 164 Proz. des Monatsdurchschnitts. Aber die Summe der Preisherabsetzungen ist gleich der Summe aller Betriebskosten eines ganzen Monats.

Wie hoch der Umsatz im Inventur-Ausverkauf selbst ist, kann nicht festgestellt werden, da alle Angaben sich auf den vollen Januarmonat beziehen. Wenn der Januarumsatz nur 85 Proz. des Monatsdurchschnitts ausmacht, so muß man dabei berücksichtigen, daß der Januar auch die Zeit des stillsten Geschäftes ist — nämlich die Zeit nach Weihnachten und die Zeit nach dem Ausverkauf. Die volle Wirkung aber zeigt sich darin, daß die Umschlaggeschwindigkeit des ganzen Lagers im Januar 130 Proz. des Durchschnitts beträgt. Wenn die Umschlaggeschwindigkeit bei Handarbeiten auf 200 Proz. steigt, so bedeutet das, daß im Januar doppelt so viel als sonst in einem Monat umgesetzt wird; bei Strümpfen steigt die Umschlaggeschwindigkeit sogar

auf mehr als das Elfache (112 Proz.) des Monatsdurchschnitts. Wenn also die Händler auch mit Preisverlusten ihre überalterten Bestände loszuschlagen, so haben sie die Vorteile, daß diese nicht mehr das Kapital binden und Zinsen freissen, nicht mehr den Raum beschränken und dem Personal überflüssige Arbeit machen. Besser aber ist es (was wenige Spezialgeschäfte auch erreichen), so zu disponieren, daß die Inventur-Ausverkäufe überflüssig sind.

Fleisch und Fleischer in Berlin.

Die Preise fallen, die Verdienste steigen.

Nach den Feststellungen der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen hat sich die langsame, doch feste Verbilligung des Fleisches auch in der zweiten Januarwoche fortgesetzt. Es wurden folgende Durchschnittspreise in Berliner Fleischereien ermittelt (in Pfennig je Pfund):

	Fleisch insgesamt	Schweinefleisch	Rindfleisch	Kalb- fleisch
September 1930	111,3	106,4	111,8	135,6
Dezember 1930	103,4	98,9	108,2	132,7
29. Dez. 1930 bis 4. Jan. 1931	103,0	96,4	108,0	132,6
5. bis 11. Januar 1931	103,9	96,4	108,0	132,5
12. bis 18. Januar 1931	102,2	95,9	107,5	131,8

Biel ist es ja nicht: seit Dezember eine Ermäßigung um einen Pfennig etwa im Durchschnitt. Aber die Hausfrauen müssen ja mit jedem Pfennig rechnen.

Aber den Fleischern muß man sehr genau auf die Finger sehen. Sie haben es nämlich in den letzten beiden Wochen wieder fertig gebracht, die Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreis um mehr als 10 Prozent zu erweitern. Die Spannen zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen betragen nämlich durchschnittlich in Pfennig je Pfund:

	Fleisch insgesamt	Schweinefleisch	Rindfleisch	Kalb- fleisch
September 1930	24,5	25,0	22,9	24,9
29. Dez. 1930 bis 4. Jan. 1931	18,6	15,3	24,5	22,0
5. bis 11. Januar 1931	20,5	17,4	23,5	23,4
12. bis 18. Januar 1931	20,7	17,8	24,5	30,0

Bei allen Fleischgattungen haben sich also die Preisspannen erhöht. Bei Rindfleisch und Kalbfleisch sind sie sogar bedeutend höher als im September 1930. Bei dem für den Arbeiterhaushalt wichtigsten Fleischpreis, dem für Schweinefleisch, ist die Spanne in den letzten beiden Wochen um nicht weniger als 2,5 Pfennig pro Pfund gestiegen. So istfen die Beträge aus der Verbilligung der Schlachtviehpreise — der Großhandelsindex in einer Woche von 103,1 auf 93,2 oder um 6,6 Prozent zurückgegangen — in die Taschen der Fleischer anstatt an die Konsumenten weitergeleitet zu werden. Die Öffentlichkeit wird darauf zu achten haben, daß die Preislenkung nicht durch einzelne Interessenten und Interessentengruppen sabotiert wird.

Leute zu Tietz: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Preise nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch und leichtverderbl. Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Zusendung von Lebensmitteln bei Bestellung v. 5,00 an

Frisches Fleisch	Gänse gefroren	Wurstwaren	Obst u. Gemüse	Fische, Räucherwar.	HAUSSEIFEN
Kalbskamm ohne Bg. Pfd. 0,78 an	Pfd. von 0,76 an	Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0,48	Apfelsinen 3 Pfd. 0,48	* In allen Häusern aus. Adressstr.	Kornseife, hellgelb, garant. rein, Doppelriegel 500 g Frischgewicht Stück 0,14
Kalbskeule bis 9 Pfund schwer, ganz oder geteilt... Pfd. 0,94	Wolghühner gefroren ... Pfd. von 0,96 an	Schinkenspeck Pfd. 1,55 an	Joffe-Orang. ... Pfd. 0,90	* Kabeljau i. B., a. K. Pfd. 0,14	Stückgewicht 500 g Frischgewicht Stück 0,22
Kalbskotelett Pfd. von 1,34 an	Suppenhühner Pfd. von 0,92 an	Fetter Speck Pfd. von 0,86 an	Mandarinen gr. Pfd. 0,28	* Seelachs Pfd. 0,14	1-kg-Regel Stück 0,65
Kalbsschnittel Pfd. von 1,80 an	Hasen gestreift u. ausgew. Pfd. von 0,74 an	Mag. Speck Pfd. von 1,15 an	Amerik. Apfel 3 Pfd. 1,00	* Kabeljaufilet... Pfd. 0,22	Garantiert reine Schmierseifen
Schweinebauch o. B. Pfd. 0,84	Hirschblatt Pfd. von 0,85 an	Zervelatwurst Pfd. v. 1,48 an	Grünkohl 2 Pfd. 0,15	* Schellfisch Pfd. 0,15	Grüne, Kristall (ohne Elmer) 1-Pfd.-Pak. 0,35, 10-Pfd.-Rim. 3,25
Schweinekamm oder Schaft, ohne Hüllage... Pfd. 1,04	Wildschweinblatt Pfd. von 0,85 an	Solamiwurst Pfd. v. 1,48 an	Sellerie 3 Pfd. 0,20	* Grüne Heringe 3 Pfd. 0,44	1-Pfd.-Pak. 0,40, 10-Pfd.-Rim. 3,80
Schweineschinken mit Bein und Blatt... Pfd. 0,88	Wildschwein-u. Hirschrücken Pfd. von 0,95 an	Speckwurst Pfd. von 0,85 an	Rotkohl Pfd. 0,06	Büchlinge Pfd. von 0,28 an	Alabaster, 1-Pfd.-Pak. 0,48, 10-Pfd.-Rim. 4,25
Schweinekotelett Pfd. 1,08 an	Wildschwein-u. Hirschkeule Pfd. von 1,10 an	Landleberw. Pfd. von 0,95 an	Blumenkohl Kopf von 0,25 an	Seelachs ger., Pfd. v. 0,36 an	Böhrerwachs, gold u. weiss , 1 Pfd.-Dz. 0,50 2 Pfd.-Dz. 0,60
Kassler mild... Pfd. von 1,04 an		Dampfwurst Pfd. v. 0,98 an	Konserven 1/2 Dose	Roibars ger., Pfd. v. 0,38 an	Scheuertücher 0,25, 0,30
Rückenfilet, ohne Schwarte, Pfd. 0,68			Karotten geschälten. 0,27		* „Hertle“ - Seifenfloeken, 1/2-Pfd.-Dz. 0,22 1/2-Pfd.-Dz. 0,40
Lieserl Pfd. 0,64			Konsummischung aus getrockn. Erbsen u. Karotten 0,48	Matjesheringe 2 Stück 0,25	
Bratwurst Berlin. Art. Pfd. 1,08			Berliner Allerlei... 0,70	Stück 0,20 und 0,25	„Hertle“-Seienpulver 1 Pfd.-Pak. 1,00
Schweineköpfe m. Backe, Pfd. 0,46			Stachelbeeren 0,80	Salzheringe 1000, 0,48	Salm-Tormentin, 10% 0,18
Hammelfleisch gefr., Pfd. 0,58			Pflaumen mit Stein... 0,60	Vollheringe 1000, 0,68	mit Seifenschnitteln, 15% 0,24
Suppenfleisch gefr., Pfd. 0,68			Pflaumen ohne Stein 0,76		mit Seifenschnitteln, 50% 0,35

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 20. 1.
Staats-Oper
Unter d. Linden
141. A.-V.
20 Uhr
Der Barbier von Sevilla
Ende 22 1/2 Uhr

Dienstag, 20. 1.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
19 1/2 Uhr
Der Wildschütz
Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
V.-B.
20 Uhr
Die Stimme von Portici
Befreit. Kartenvorakt.
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schauspiel
Im Gendarmenpl.
121 A.-V.
20 Uhr
Die Weber
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
NORA.
Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Nora

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr — 85 Barb. 9250
Nachm. 50 Pl. bis 3 M., abends 1-6 M.
Bestell. u. Quadd, Lima-Trio
Schaefers Künstler-Norve usw.

Volkstheater
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Hans Albers
in
Lillom
von Franz Molnar
Regie: Karl Heinz Martin

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5, u. 8 1/2
Alex. E. 4 3008
1. Vorstellung 50 Pl. bis 1 M.
II. und III. Vorstellung 1 bis 2 M.
10 Alfred Jackson - Givie
Willy Bolzko usw.

Staatsober
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Louise

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Unwiderruflich nur bis 30. Januar:
Biederleute
und ein erstklassiger bunter Teil.
Sonabend, 31. Januar zum 1. Male
Onkel Kühn aus Neuruppin
Gutschein 1-4 Personen
Fauterill 1,23 M., Sessel 1,75 M.
Sonstige Pr. Parkett 75 Pl., Rang 60 Pl.

Deutsches Theater
8 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Bruchner
Regie: Heinz Hilpert

CIRCUS VARIETE BUSCH
Tägl. 2 Vorst. — Tel. Wendenweg 3946
nachm. 4 1/2 Uhr: 30 Plg. — 1.50 Mk.
abends 8 1/2 Uhr: 30 Plg. — 3.— Mk.

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Neue letzte Aufführung!
Jules Juitette Julien
von Tristan Bernard
Regie: Hans Deppe

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Die Fee
von Franz Molnar
Regie: Stefan Rodk.

Theater am Schiffbauerdamm
Norden 8813 u. 0281
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises
Lustspiel v. Katalow
Regie: v. Mendelsohn
Preise von 1-12 M.

REKLAMEBALL IM ZOO

SONNABEND, 24. JAN. 1931

Tanzkapellen:
Dasos Band mit seinen 25 Jazz-Solisten, Otto Kernbach, Fred Bird u. a. m. (7 Kapellen - 7 Beststeinflügel)

Die beliebtesten Sponsoren!
Z. B. für die Damen: „Nostle's Frigoll-Mendeln“ - Pralinen - (die große Originalpackung) u. a. m.
Für die Herren: Ein Kompletter „Peritra-Lauchstab“ & Zigaretten, Haus Bergmann-Broadway und der künstlerischen Festalmannsch, gestiftet von der Firma W. Büxenstein, Berlin SW 48

Überraschungen verschiedener Art!
die Saaldekorationen eine künstlerisch-Höchstleistung

DAS GROSSE WOHLTÄTIGKEITS-KOSTUMFEST
Für die anspruchsvollsten Ballhausbesucher • Keine Tombola! • Keine Sondergaben! • Kein Kostümzwang!



GROSSES SCHAUSPIEL- HAUS
TÄGL. 8 UHR
Im weißen Rössl
Singspiel in vielen Bildern
Hansen, Cam. Spira, Lieske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lenz, Schaeffers, Winkelstern, Rolis, Deent, Stark-Gastettenbauer.
Original Tiroler Watschentänzer, Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett, Musik-Trio aus Schliersee, Jazz-Band, Girls u. Boys, Grosse Chöre
Der Zeit entsprechend sind, trotz des riesigen Andranges, 25% ermäßigte Kassenpreise um 25% möglich
Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
Nachmittag Billige Preise
Regie: Erik Charell

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
„Fahrendes Volk“
ein Zirkusbild v. Meysel.
Kudam, halbe Preise, volles Progr.
Tel.: Zentrum 11263
Dönhoff - Brett!
Das fabelhafte Januar-Programm!

ROSE THEATER
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn: Strausberger Platz
Täglich 8.15 Uhr
Sonnabends 7 u. 10.15 U.
Sonntags 2.30, 5.45 u. 9 U.
„Die Dollarprinzessin“
Berliner Tageblatt schreibt:
„Eine brillante, von Hans Rose geleitete Aufführung, in die auch der Verwöhnte gekriegt hineingehen kann, denn die Rosas bieten etwas auf der Berliner Operettenbühne Seltenes: Seltig, größte Ensemblekunst.“
Familien-Nachmittage
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 5 30
„Zwangsquartierung“
0,30 bis 1,50
Kaffeepause! Kaffee mit Kuchen 0,30 M.

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2
Sensationeller Operetten-Erfolg!
Viktoria und ihr Husar
Piscator-Bühne (Wallner - Theater)
Alex. 4902-93.
Täglich 8 1/2 Uhr
„Tai Yang erwacht“
von Friedrich Wolf
Regie: E. Piscator

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Průver
Zum Gedächtnis an den verst. Götter & Orchesterf. Paul Hindemith
Eintritt 1 M.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber, Gitta Alpa, Schützendorfer.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Mamsell Nitouche
Operette von Heide
Erika v. Troilman, Max Adalbert

besonders
wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Richard Oswald's
1914
Die letzten Tage vor dem Weiterand
Uraufführung heute 8 30
Wohltätigk.-Vorst. zugunst. d. Witwe Hans Peplers
Tauentzien
VORVERK.: 11-2 u. ab 4 Uhr Stpl. 8036

THEATER IM ADMIRALSPALAST
Tgl. 8 1/2 Tel.: Merkur 9001, 9077
Auf den Fleck
Sensationsstück aus Chicago Unterwelt von EDGAR WALLACE
Preis-Abbau
Preise der Plätze 0,75 bis 6.- M

HAUS VATERLAND
Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPIKSKI

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Průver
Zum Gedächtnis an den verst. Götter & Orchesterf. Paul Hindemith
Eintritt 1 M.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber, Gitta Alpa, Schützendorfer.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Mamsell Nitouche
Operette von Heide
Erika v. Troilman, Max Adalbert

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Peppina
Operette von Robert Stolz.
Lustspielhaus Kurt Götz
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner u. die Nonne

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Seelenforscher
Komödie von Fritz Mark
Traute Flamm, Kaufmann, Farenburg

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Průver
Zum Gedächtnis an den verst. Götter & Orchesterf. Paul Hindemith
Eintritt 1 M.

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber, Gitta Alpa, Schützendorfer.

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Mamsell Nitouche
Operette von Heide
Erika v. Troilman, Max Adalbert

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Culestr. 63, 65 II
Konferenz der weibl. Vertrauenspersonen und Betriebsräte
Tagesordnung:
Sichtberichtigung: Die Arbeit in der Reichswehr. Referent: Dr. Ried vom Deutschen Freiheits-Verband
Da der Bericht über alle organisierten Kolleginnen von großem Interesse ist, werden die Teilnehmer ersucht, für die Veranstaltung rege Propaganda zu machen und möglichst zu erscheinen. Organisierte Kolleginnen können als Gäste an der Konferenz teilnehmen.

Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Verbandsbüro, Culestr. 63, 65, Lokal I, (Sitzungsraum 3, III)
Versammlung
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen der Fliegzeug-Industrie
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, an dieser Versammlung bestimmt teilzunehmen.

Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelerstr. 24/25 (Droger Saal)
Branchen-Versammlung der Rohrlieger und Heiler
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
2. Bericht über die Mitgliederbuch-Initiative.
3. Mitgliederbuch legitimiert!
4. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Freitag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Verbandsbüro, Culestr. 63, 65
Versammlung
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierter Modellschlosser
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

NEUE WELT
Arnold Scholz
U-Bahn Hermannplatz Hasenheide 108-114
Großes Bockbierfest
Große Schweinebraterei und Prämierung der kühnsten Feinschmecker.
5 Geldpreise: 50, 40, 30, 20, 10 Mark.
7 Kapellen, neue Dekorationen, bayr. Bedienung
Einlaß: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.